

64. Sitzung

Freitag, den 24. Mai 2002

Erfurt, Plenarsaal

Planung neuer Justizzentren

5392

Antrag der Fraktion der PDS
- Drucksache 3/2429 -

Nach Begründung durch den Antragsteller erstattet Minister Trautvetter einen Sofortbericht zu dem Antrag der Fraktion der PDS - Drucksache 3/2429 -.

Die Erfüllung des Berichtersuchens zu dem Antrag der Fraktion der PDS - Drucksache 3/2429 - wird gemäß § 106 Abs. 2 GO festgestellt.

**Kontakte eines Polizeibeamten
zum Rotlichtmilieu**

5393

Antrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 3/2443 -

Ohne Begründung durch den Antragsteller erstattet Minister Köckert einen Sofortbericht zu dem Antrag der Fraktion der CDU - Drucksache 3/2443 -.

Auf Verlangen aller Fraktionen findet gemäß § 106 Abs. 1 GO eine Aussprache zu dem Bericht der Landesregierung statt.

Der Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Fortsetzung der Beratung zu dem Bericht der Landesregierung im Innenausschuss wird einstimmig angenommen.

Die Erfüllung des Berichtersuchens zu dem Antrag der Fraktion der CDU - Drucksache 3/2443 - wird gemäß § 106 Abs. 2 GO festgestellt.

**Siedlungsabfallwirtschaft im
Freistaat Thüringen
Beratung des Berichts der Landes-
regierung - Drucksache 3/2299 - auf
Verlangen der Fraktion der CDU**

5398

dazu: Unterrichtung durch die Präsidentin
des Landtags
- Drucksache 3/2346 -

dazu: Entschließungsantrag der Fraktion
der PDS
- Drucksache 3/2377 -

Nach Beratung wird die von der Fraktion der CDU gemäß § 86 Abs. 2 Satz 3 GO beantragte Fortsetzung der Beratung im Ausschuss für Naturschutz und Umwelt einstimmig angenommen.

Der Entschließungsantrag der Fraktion der PDS - Drucksache 3/2377 - wird in namentlicher Abstimmung zu Nummer 1 bei 74 abgegebenen Stimmen mit 31 Ja-Stimmen und 43 Nein-Stimmen (Anlage 1) und zu Nummer 2 bei 75 abgegebenen Stimmen mit 33 Ja-Stimmen und 42 Nein-Stimmen (Anlage 2) jeweils abgelehnt.

**"Stadtumbau und Baukultur
in Thüringen"**

5411

**Beratung der Großen Anfrage
der Fraktion der SPD und Ant-
wort der Landesregierung
- Drucksachen 3/1918/2275 -
auf Antrag der Fraktion der SPD**

dazu: Unterrichtung durch die Präsi-
dentin des Landtags
- Drucksache 3/2428 -

Beratung

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Dr. Vogel, die Minister Gnauck, Köckert, Dr. Pietzsch, Schuster, Dr. Sklenar, Trautvetter

Rednerliste:

Präsidentin Lieberknecht	5392, 5393, 5394, 5395, 5396, 5398, 5399, 5400, 5402, 5405, 5406, 5408, 5409, 5410
Vizepräsidentin Dr. Klaubert	5410, 5412, 5416, 5419, 5420, 5421, 5423, 5424
Becker (SPD)	5400
Böck (CDU)	5396
Doht (SPD)	5416, 5420
Dr. Hahnemann (PDS)	5395
Dr. Koch (PDS)	5392
Kummer (PDS)	5398, 5399, 5405, 5408
Nitzpon (PDS)	5410
Nothnagel (PDS)	5423, 5424
Pohl (SPD)	5395, 5396
Schugens (CDU)	5406, 5408
Sedlacik (PDS)	5412, 5421
Sonntag (CDU)	5402, 5405
Wetzel (CDU)	5411
Köckert, Innenminister	5393, 5394, 5395, 5398, 5419, 5420, 5421, 5423, 5424
Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt	5409
Trautvetter, Finanzminister	5392

Die Sitzung wird um 9.04 Uhr von der Präsidentin des Landtags eröffnet.

Präsidentin Lieberknecht:

Liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete, meine sehr verehrten Herren auf der Regierungsbank, verehrte Gäste, ich begrüße Sie zum Beginn unserer 64. Plenarsitzung des Thüringer Landtags am heutigen 24. Mai 2002, die ich hiermit eröffne.

Als Schriftführer haben Platz genommen Frau Abgeordnete Zitzmann und Herr Abgeordneter Höhn. Frau Abgeordnete Zitzmann wird die Rednerliste führen.

Für die heutige Sitzung haben sich entschuldigt Frau Ministerin Prof. Dr. Schipanski, Herr Minister Birkmann, Herr Ministerpräsident Dr. Vogel, Frau Abgeordnete Arenhövel, Herr Abgeordneter Buse und Herr Abgeordneter Fiedler.

Ich komme zum Aufruf des **Tagesordnungspunkts 10**

Planung neuer Justizzentren

Antrag der Fraktion der PDS
- Drucksache 3/2429 -

Es wurde mir gemeldet, dass die antragstellende Fraktion Begründung wünscht. Diese wird Herr Abgeordneter Dr. Koch vornehmen. Bitte, Sie haben das Wort.

Abgeordneter Dr. Koch, PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordneten, in seiner Regierungserklärung am 26. April 2002 erwähnte Minister Dr. Birkmann geplante Hochbaumaßnahmen im Verantwortungsbereich seines Ministeriums im Zeitraum von 2002 bis 2006 im Umfang von 90 Mio. €, wobei er den Bau von Justizzentren in Jena, Gera, Mühlhausen und Weimar als Schwerpunkte hervorhob. Als ich in meiner Replik auf die Regierungserklärung darum bat, das etwas genauer darzustellen, äußerte sich dann Minister Dr. Birkmann bezüglich des Justizzentrums Mühlhausen, dass Baubeginn voraussichtlich im September 2002 sein werde. Der lokalen Presse zu Beginn dieser Woche war dann zu entnehmen, dass der Baubeginn erneut verschoben sei. Ein oder zwei Tage später war dann wieder zu entnehmen, er soll nun doch stattfinden. Es gibt also in diesem Bereich eine beachtliche Unsicherheit. Wir beziehen diese Zeitschiene aber nicht ausschließlich auf das Justizzentrum Mühlhausen, sondern auch auf die Justizzentren in Jena, Gera und Weimar. Wir begnügen uns aber auch nicht damit, lediglich die Zeitschiene zu hinterfragen.

Der zweite Aspekt dabei sind die Kosten. Es werden Kosten von 90 Mio. € veranschlagt. Das mag viel oder wenig sein. Um beurteilen zu können, ob das viel oder we-

nig ist, müsste man wissen, mit welchem Kostenvolumen die Justizzentren veranschlagt werden, denn es kommt ein weiterer Aspekt hinzu: Die letzte Plenartagung hat auch sehr deutlich gemacht, dass im Bereich der Strafvollzugseinrichtungen ein enormer Investitionsbedarf besteht. Diese Einrichtungen sind auch nicht gerade kostensparsam. Wir wollen nicht nur im Interesse unserer Fraktion, sondern, ich meine, auch im Interesse der interessierten Öffentlichkeit eine Darstellung der Landesregierung unter Zeit- und Kostenaspekten, bezogen auf diese Probleme, haben.

(Beifall bei der PDS)

Präsidentin Lieberknecht:

Das war die Begründung. Die Landesregierung hat einen Sofortbericht angekündigt. Ich gehe davon aus, dass Sie den Sofortbericht jetzt geben. Ach, der Herr Finanzminister macht das. Gut, Herr Minister Trautvetter.

Trautvetter, Finanzminister:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, für den Staatlichen Hochbau ist immer noch das Finanzministerium zuständig und deswegen erlaube ich mir, hier den Sofortbericht zu geben. Den Antrag hätte man auch in eine Mündliche Anfrage kleiden können, da hätten Sie die gleichen Informationen bekommen, aber wie auch immer.

Der Thüringer Justizminister Dr. Birkmann hat in seiner Regierungserklärung von einer regen Bautätigkeit des Freistaats bis 2006 gesprochen und dabei hob er den Bau von Justizzentren besonders hervor - zu Recht, beabsichtigt doch der Freistaat Thüringen in den kommenden Jahren weitere Justizzentren in Mühlhausen, Gera, Weimar und Jena zu errichten. Die Vorbereitungen der geplanten Baumaßnahmen befinden sich in unterschiedlichen Planungsphasen. Das Justizzentrum Mühlhausen ist in der Planung am weitesten vorangeschritten und befindet sich in der Ausführungsplanung. Für die Justizzentren Gera und Weimar werden derzeit Standort und Unterbringungsvarianten untersucht. Das Justizzentrum Jena soll im Ergebnis einer öffentlichen Ausschreibung in einen angemieteten Neubau untergebracht werden. Entsprechend der mittelfristigen Hochbauplanung ist der Baubeginn des Justizzentrums Mühlhausen für den August 2002 geplant, seine Fertigstellung ist für Herbst 2005 vorgesehen. Das Justizzentrum Gera soll voraussichtlich 2004 begonnen werden. Mit der Fertigstellung ist dann 2007 zu rechnen. Baubeginn am Justizzentrum Jena ist noch in diesem Jahr und am Justizzentrum Weimar wird 2006 begonnen werden. Die Bauzeit für Jena und Weimar ist jeweils mit zwei Jahren veranschlagt. Das Justizzentrum Jena ist kein Eigenbau des Landes, sondern ein Mietobjekt.

So sind die geplanten Jahresscheiben in der mittelfristigen Hochbauplanung des Landes. Ich muss nur dazu sagen, diese Planungen beruhen auf der Steuerschätzung 2001 und mit Blick auf die letzten Ergebnisse der Steuerschätzung muss ich hier sehr deutlich machen, der Beginn und die Dauer der einzelnen Baumaßnahmen ist nicht unabhängig von der sich entwickelnden Haushaltssituation des Freistaats zu sehen. Das heißt, mit unserer jetzigen Einnahmensituation steht natürlich auch alles, was im staatlichen Hochbau in den nächsten Jahren geplant ist, auf dem Prüfstand. Wir können nicht so tun, als wenn man mit weniger Einnahmen dann den Staatlichen Hochbau dort außen vor lassen könnte.

Baukosten von rund 23 Mio. € für das Justizzentrum in Mühlhausen und geschätzten 17,5 Mio. € für Gera und 22,5 Mio. € für Weimar sind in der Summe schon erhebliche Aufwendungen, die einer finanziellen Untersetzung bedürfen. Zu dem Bauvorhaben in Jena können wir, was die Kostenseite angeht, keine Aussagen treffen, da es sich - wie schon gesagt - um ein Mietobjekt handelt.

Die Errichtung und der Betrieb der neuen Justizzentren bringen einige Synergieeffekte, denn die von jeder Justizbehörde benötigte Einrichtung sind jetzt nur einmal erforderlich, das betrifft: Poststelle, Telefonzentrale, Pförtnerrei, Wachtmeisterei, Fahrzeugpark, Bibliothek, Sitzungssäle, Sozialräume, technische Einrichtungen. Die gemeinsame Nutzung von Einrichtungen und die zentrale Erledigung von Verwaltungsaufgaben lassen zudem einen effizienteren Personaleinsatz zu und zudem wird die Errichtung von Justizzentren den Dienstleistungscharakter der Thüringer Justiz gerecht, indem für den rechtsuchenden Bürger regelmäßig nur eine Anlaufstelle für rechtliche Anliegen verschiedener Art geschaffen wird. Eine Errichtung der geplanten Justizzentren in - wie von Ihnen unterstellt - ausschließlicher Zusammenarbeit mit der LEG ist im Übrigen schon aus Gründen des Vergaberechts nicht möglich. Gleichwohl ist auch unter Beachtung wettbewerbsrechtlicher Bestimmungen nicht auszuschließen, dass mit der LEG vertragliche Beziehungen auch in Zukunft eingegangen werden können. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lieberknecht:

Ich gehe davon aus, dass die Aussprache beantragt wird zum Bericht. Ist das der Fall? Beantragt niemand? Dann nehmen wir den Bericht zur Kenntnis und ich stelle fest, dass das Berichtersuchen gemäß § 106 Abs. 2 erfüllt ist. Das war ja eine zügige Behandlung des Punkts.

(Beifall bei der CDU)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 10 a**

Kontakte eines Polizeibeamten zum Rotlichtmilieu

Antrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 3/2443 -

Wird hier Begründung durch den Einreicher gewünscht? Das ist nicht der Fall. Der Herr Minister hat auch ohnehin einen Sofortbericht angekündigt. Ich bitte Herrn Innenminister Köckert uns diesen Bericht zu geben.

Darf ich noch einmal bitten, dass sich die Gemüter wieder beruhigen und der Innenminister uns den Bericht geben kann, und zwar so, dass wir ihn auch verstehen, weil Ruhe ist.

Köckert, Innenminister:

Frau Präsidentin, ich danke Ihnen für diesen Zusatz, den Sie noch gebracht haben. Das Interesse des hohen Hauses scheint nicht ganz so hoch zu sein an diesem Tagesordnungspunkt.

(Zwischenruf Abg. K. Wolf, PDS:
Das scheint nur so.)

Meine Damen und Herren, Frau Präsidentin, das Thüringer Innenministerium wurde am Donnerstag, dem 24. Januar dieses Jahres vom Leiter der Polizeidirektion Gera darüber in Kenntnis gesetzt, dass ein Polizeibeamter engen Kontakt zum Geraer Rotlichtmilieu unterhalten soll und möglicherweise Dienstgeheimnisse verraten habe. Die für derartige Delikte zuständige Abteilung "Interne Ermittlungen" des Polizeiverwaltungsamts erhielt unverzüglich, d.h. mündlich am Montag, dem 28. Januar und schriftlich am Dienstag, dem 29. Januar den Auftrag, ohne Ansehen von Person oder Funktion den Sachverhalt aufzuklären und dem Ministerium zu berichten. Aufgrund der Brisanz wurde die zuständige Staatsanwaltschaft in Erfurt über die Generalstaatsanwaltschaft bereits am 30. Januar in Kenntnis gesetzt. Eine Entscheidung, die deutlich macht, dass gerade nichts im Polizeibereich unter der Decke gehalten werden soll.

In der alltäglichen Ermittlungspraxis ist es an sich üblich, dass die Polizei zunächst die Ermittlungshandlungen allein durchführt und dann die Staatsanwaltschaft über den jeweiligen Sachverhalt in Kenntnis setzt. Lediglich bei besonderen Delikten erfolgt die unmittelbare Verständigung der Staatsanwaltschaft. Der hier zur Kenntnis gelangte Sachverhalt wurde von den Verantwortlichen entsprechend eingeschätzt und es wurde die Staatsanwaltschaft entsprechend sofort informiert. Die Staatsanwaltschaft Erfurt als die Herrin des Verfahrens hat daraufhin ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Beihilfe zum Verstoß gegen § 92 Ausländergesetz und wegen Untreue eingeleitet. Dem Polizeibeamten und mehreren weiteren Beschuldigten wird unter anderem vorge-

worfen, einen polizeilichen Informanten verraten und polizeiliche Fahndungsgelder für private Dienstleistungen im Rotlichtmilieu ausgegeben zu haben. Durch Telefonüberwachungsmaßnahmen, durch Observationen, durch Durchsuchungen, Zeugenvernehmungen und Auswertung von Unterlagen wurden Indizien herausgearbeitet, welchen die Staatsanwaltschaft in Zusammenarbeit mit der zuständigen Polizeidienststelle weiter nachgehen wird. Die Ermittlungen konnten bis Mitte dieses Monats mit verdeckten Maßnahmen geführt werden. Durch die Veröffentlichungen in der Presse müssen sie jetzt offen geführt werden. Die an den Veröffentlichungen Beteiligten sollten sich auch einmal Gedanken darüber machen, welchen Beitrag sie zur Aufklärung von Straftaten in Thüringen leisten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Um die aktuellen Ermittlungen nicht noch weiter zu beeinträchtigen, werde ich über meinen heutigen Bericht hinaus der Öffentlichkeit und damit auch dem Plenum keine weiteren Details darlegen können. Ich bitte dafür um Verständnis. Gegenwärtig wird versucht, die vorliegenden Ermittlungsergebnisse durch zusätzliche Ermittlungen, z.B. Zeugen- und Beschuldigtenvernehmungen, zu ergänzen und zu verifizieren. Das Recht, hierüber Auskünfte zu erteilen, obliegt ausschließlich der hier zuständigen Staatsanwaltschaft. Neben dem Strafverfahren werden aus dienstrechtlicher Sicht disziplinare Vorermittlungen eingeleitet. Bei dem beschuldigten Beamten handelt es sich um einen 45 Jahre alten Kriminalhauptkommissar, der nach der Wende zunächst in verschiedenen Funktionen in der KPI Gera und im Polizeipräsidium Thüringen tätig war. Nach seiner Tätigkeit im Polizeipräsidium war er bis zum Oktober 1999 als Kommissariatsleiter "Organisierte Kriminalität und Rauschgift" in der Kriminalpolizeiinspektion Gera tätig. Anschließend war er in der Zeit von Oktober 1999 bis Mai 2000 zum Polizeiverwaltungsamt in die Arbeitsgruppe "Interne Ermittlung" abgeordnet.

Präsidentin Lieberknecht:

Jetzt nimmt es aber überhand mit den Handys. Sie wissen, dass es ordnungsrufwürdig ist im Haus. Wer war das, Frau Abgeordnete Becker, ja?

(Unruhe im Hause)

Also, sie war es.

(Zwischenruf Abg. Dr. Klaus, SPD:
Sie war es nicht.)

Es war aber Ihre Ecke dahinten, Entschuldigung. Ich kann es nicht sagen, es wird ausgestellt. Bitte fahren Sie fort, Herr Minister Köckert.

Köckert, Innenminister:

In diesem Zeitraum war er noch einmal einen Monat in der Kriminalpolizeiinspektion Gera tätig. Am 1. Juni 2000 wurde er ins Thüringer Innenministerium abgeordnet, die Versetzung erfolgte im Juni 2001. Mit der Abordnung ins Thüringer Innenministerium wurde er der Polizeiabteilung zugewiesen, mit seiner Versetzung dem damaligen Referat 40. Als Sachbearbeiter unterstützte er den damaligen Abteilungsleiter. Der Beamte hatte in seiner Funktion die Möglichkeit, Kenntnis von dienstlichen Unterlagen, die über das Büro des Abteilungsleiters laufen, zu nehmen.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang etwas über die Arbeit des Abteilungsleiters und die Vorgänge sagen, die über seinen Tisch gehen. Der Abteilungsleiter Polizei ist zuständig für grundsätzliche Polizeiangelegenheiten, wie sie in einem Ministerium an grundsätzlichen Dingen anfallen. Das ist in Thüringen nicht anders als in Bayern, Niedersachsen oder Brandenburg. Dazu zählen z.B. Personalmaßnahmen, Logistik, Polizeihaushalt und natürlich strategische Aspekte der Polizeiarbeit. Die eigentlichen operativen Tätigkeiten werden nicht vom Thüringer Innenministerium, sondern von den Polizeidirektionen und dem Landeskriminalamt erledigt, was nicht heißen soll, dass der Polizeiabteilungsleiter nicht davon Kenntnis haben kann oder nicht darüber informiert wird, soweit er es wünscht bzw. es aufgrund der besonderen Bedeutung für nötig gehalten wird. Ich will damit nichts relativieren, aber Ihnen deutlich machen, dass nicht alle Polizeiaktionen vorher im Ministerium bekannt sind und damit über den zuständigen Abteilungsleiter gehen.

Am 18. Februar 2002 wurde der Beamte mit seinem Einverständnis in das Landeskriminalamt abgeordnet, die Abordnung wurde als taktische Variante aus den verfahrensbedingten Zwängen heraus gewählt, um den Beamten unauffällig aus dem sicherheitsrelevanten Bereich des Thüringer Innenministeriums herauszulösen und die zu dieser Zeit bereits laufenden Ermittlungen nicht zu gefährden. Der Beamte wurde bewusst erst am 18. Februar aus dem Innenministerium abgeordnet, um ihn nicht misstrauisch zu machen. Wegen Krankheit hat er seinen Dienst im Landeskriminalamt bis heute jedoch nicht angetreten. Die weiteren Ermittlungen werden wie bisher zügig, konsequent und umfassend geführt. Es wird nichts verschleppt, nichts vertuscht, sondern in der gebotenen Sorgfalt ein schwieriger Sachverhalt durchleuchtet.

Erlauben Sie mir in diesem Zusammenhang am Schluss den Hinweis, dass man in einem solchen Fall der zunächst verdeckten Ermittlungen nicht als Erstes mit einer Mitteilung an die Presse oder den Innenausschuss des Landtags geht, wie es vereinzelt gefordert worden ist, auch von Kollegen dieses Hauses. So wichtig die Information der Öffentlichkeit und des Parlaments auch ist, die Gefährdung des Ermittlungserfolgs verbietet es meines Erachtens, jede Information nach draußen zu geben. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lieberknecht:

Kleinen Moment, Herr Minister, es gibt eine Nachfrage von Herrn Abgeordneten Hahnemann. Lassen Sie die zu? Gut. Bitte, Herr Dr. Hahnemann.

Abgeordneter Dr. Hahnemann, PDS:

Ich würde gern zwei Fragen stellen: Erstens, vor dem Hintergrund, dass es keinen Spaß macht, solche Dinge der Presse zu entnehmen, können Sie hier etwas darüber sagen, wie die Informationen in die Presse gelangt sind?

(Heiterkeit bei der CDU)

Lachen Sie, wenn es Sie nicht interessiert, mich interessiert es und ich bitte Sie, das einfach zu akzeptieren. Zweitens, sehen Sie eine Möglichkeit, im Innenausschuss, gegebenenfalls in einer vertraulichen Sitzung, noch mehr dazu zu sagen, so dass wir eher wissen, wie wir damit umgehen können?

Köckert, Innenminister:

Zur zweiten Frage denke ich, dass die Staatsanwaltschaft diese Entscheidung zu fällen hat, was auch in vertraulicher Sitzung gegebenenfalls im Innenausschuss Weiteres geäußert werden kann. Die Polizei selbst ist nicht Herrin dieses Verfahrens. Zum Ersten kann man in vielfältiger Weise Vermutungen anstellen, Herr Dr. Hahnemann, aber auch wenn wir etwas Konkretes wissen, werden wir es in diesem Fall hier nicht sagen.

(Zwischenruf Abg. Dr. Hahnemann, PDS:
Im Ausschuss ...?)

Auch nicht im Ausschuss.

Präsidentin Lieberknecht:

Gut. Die Antworten waren eindeutig. Ich gehe davon aus, dass Aussprache gewünscht wird. Gibt es eine Fraktion? SPD-Fraktion, CDU auch. Alle drei Fraktionen beantragen die Aussprache. Gut. Dann hat sich zu Wort gemeldet der Abgeordnete Pohl, SPD-Fraktion.

Abgeordneter Pohl, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, dieser Vorfall, besser Skandal, hat mich sehr betroffen gemacht. Wieder einmal haben wir leider durch die Medien über einen solchen brisanten Vorgang erfahren müssen. Fakt ist doch, die Polizei unseres Freistaats leistet überwiegend eine hervorragende Arbeit zum Wohl unserer Bürger.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Sie zeichnet sich auch in diesem Lande durch eine hohe Motivation und damit verbundene hervorragende Ergebnisse aus, aber solche Vorgänge setzen das Vertrauen der Bürger in unsere Polizei leider aufs Spiel. Es führt zu großen Verunsicherungen innerhalb der Polizei und ich möchte jetzt einmal die gehäuften Suizide ganz ausschalten, weil das ein Fall für sich ist, aber auch das könnte ein Stück mit sein. Aber, es ist meiner Meinung nach, Herr Innenminister, schon eine Unverschämtheit, wenn Sie sagen, die Polizei wird zum politischen Pingpong missbraucht, wie es in der Bildzeitung steht. Ich meine, nicht die Polizei wird missbraucht, sondern Sie missbrauchen die Polizei durch solche Aussagen. Nicht die Polizei steht am Pranger, sondern der Innenminister steht am Pranger für einen solchen unglaublichen Vorgang.

(Beifall bei der SPD)

(Heiterkeit und Unruhe bei der CDU)

Es ist kein Kavaliersdelikt, trägt doch der Innenminister die volle Verantwortung. Ich erinnere nur an Beispiele auch in der deutschen Geschichte. Sie können rufen, was Sie wollen, hören Sie doch erst einmal zu. Herr Wehner, Sie sind doch gar nicht in der Lage, da überhaupt mitzudenken, weil Sie davon keine Ahnung haben. Ich erinnere nur an Beispiele in der deutschen Geschichte. Es ist doch ein klassischer Guillaume-Effekt. In Thüringen gehen die Uhren leider anders. Wie viel Pannen können wir uns noch erlauben?

(Zwischenruf Abg. Böck, CDU: Dewes.)

Die Spuren selbst führen bis in das Jahr 1997 zurück, ja wohl, das ist auch unser Innenminister Dewes gewesen damals.

(Beifall bei der CDU)

Ich erinnere an den Mafia-Mordprozess, wo auch der Verdacht von Verbindungen zwischen Polizei und Rotlichtszene mit zur Debatte stand. Die Verbindungen in diesem Falle führen auch bis in diese Zeit hinein. Ich bin auch der Auffassung ...

(Zwischenruf Köckert, Innenminister:
Woher wissen Sie denn das?)

... der TLZ vom 18. Mai - Sie haben nachher die Möglichkeit zu reden.

Präsidentin Lieberknecht:

Herr Innenminister, lassen Sie bitte den Abgeordneten jetzt reden.

Abgeordneter Pohl, SPD:

Statt zu informieren, macht sich doch in der Spitze des Innenministeriums immer wieder eine gewisse Bunkermentalität breit. Ich unterstütze dabei die Auffassung der TLZ vom 18. Mai, die sinngemäß schreibt: Fehler im Management auf Polizeispitze werden entweder ignoriert oder immer wieder empört zurückgewiesen. Radikale Reformen beginnen eben im Kopf. Dem schließe ich mich voll an. Der Bericht des "Freien Worts", der sich wohl auch bestätigt haben soll, nämlich der Vorwurf der Beteiligung am Geschäft mit osteuropäischen Prostituierten, Menschenhandel und Verrat von Dienstgeheimnissen erfüllt eben auch den Tatbestand der organisierten Kriminalität. Linsel oder L., wie man ihn nennt, ist doch nicht irgendein Beamter, sondern er saß an einer ganz besonders sensiblen Stelle des Thüringer Innenministeriums, nämlich in unmittelbarer Nähe - so wie wir es gehört haben - des ehemaligen Abteilungsleiters 4 der Polizeibehörde, dem Herrn Reimer, einer Stelle, wo viele Fäden zusammenliefen. Linsel selbst saß, wenn mein Wissen richtig ist, auch vor Jahren schon in einer Sonderkommission "Hecht", die dann in die "Antivirus" überging und sich damals auch mit Geheimnisverrat beschäftigte. So hatte dieser Beamte nach meinem Wissen und meiner Erkenntnislage sehr viele interne Kenntnisse über die Polizei allgemein und über Polizisten im Besonderen. Ich frage nur: Ist hier nicht der Tatbestand der Erpressbarkeit gegeben? Viele Fragen, die jetzt nicht beantwortet werden können, aber auch nicht beantwortet werden wollen - ich möchte jetzt beides einmal dahingestellt lassen -, stehen jetzt noch offen. Es sind ja keine Fragen beantwortet worden. Ich habe solche Fragen wie: Warum wurde nach dem Bericht des "Freien Worts" L. kurz vor Weihnachten 2001 versetzt, aber der Innenminister erfuhr es erst am 24. Januar? Ist es richtig, dass L. trotz Warnungen in das Amt eingesetzt worden ist? Warum wurden dann solche Warnungen ignoriert? Die Frage ist natürlich, sind auch weitere Beamte des Thüringer Innenministeriums oder der Polizei mit in diesen Vorgang verwickelt? Wurde auch gegen den Abteilungsleiter Reimer ermittelt? Gab es andere als die jetzt hier bekannt gewordenen Vorgänge, möglicherweise andere Tatbestände, die kriminell waren? Kam es tatsächlich zu der verursachten Gefährdung des V-Manns? Welche Art von Verrat von Dienstgeheimnissen gab es? Es sind viele Fragen, die offen sind, die natürlich auch von der Staatsanwaltschaft mit bearbeitet werden, darüber bin ich mir im Klaren. Aber man sollte meiner Meinung nach auch einmal überlegen, ob hier nicht das BKA mit ermitteln sollte, um neutral vorzugehen

(Zwischenruf Köckert, Innenminister:
Europol.)

Fakt ist eines: Der Innenminister trägt für sein Haus generell die Verantwortung. Das ist so und das bleibt auch in Zukunft so. Ich beantrage deshalb auch die Fortsetzung dieser Debatte im Innenausschuss. Danke.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Lieberknecht:

Es hat das Wort der Abgeordnete Böck, CDU-Fraktion.

Abgeordneter Böck, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Verehrter Abgeordneter Pohl, es ist ein schwieriges Thema, zu dem zu sprechen sich, glaube ich, im ganzen Hause kaum ein ausgewiesener Experte befindet, so auch ich nicht. Trotzdem will ich den schwierigen Versuch unternehmen,

(Heiterkeit und Beifall bei der PDS)

zu diesem Thema den sachlichen Hintergrund zu beleuchten und nicht wie Sie, Kollege Pohl, der Sie sagen, wir haben viele Fragen, wir haben keine Antworten, wir finden jetzt erst die Fragen, aber wir beantworten sie schon vorher und wissen genau, Schuld an allem ist der Innenminister. Das ist eine seltsame Logik, wir könnten uns gern später darüber unterhalten. Man lernt gern dazu. Wenn das in Zukunft die Art ist, die die Auseinandersetzung hier im hohen Hause bestimmen soll, dann können wir uns darauf einigen und bitte lassen Sie uns daran teilhaben, wir sind in der Beziehung auch lernfähig. Wir sind auch der Meinung, dass wir uns über das Thema im Innenausschuss weiter unterhalten müssten, ich denke, dann auch auf sachlicherer Grundlage.

Der Innenminister hat gesagt, dass hier laufende Ermittlungen nicht gefährdet werden können und im Rechtssystem ist es nun einmal so, dass die Staatsanwaltschaft Herr des Verfahrens ist. Es ist auch eindeutig dargestellt worden, um Ermittlungsergebnisse nicht zu gefährden, wie die zeitlichen Abläufe waren, in denen gegen den Beamten L. auch von Amts wegen vorgegangen ist. So etwas kommt immer vor. Auch Polizisten sind Menschen. Polizisten sind anfällig und wenn ich an Puschkin erinnere, der einmal geschrieben hat, mit Ihrer Erlaubnis, Frau Präsidentin, möchte ich zitieren: "Wer am Abtritt wohnt, gewöhnt sich an Scheiße". Das trifft auch auf Polizisten zu. Und sie sind verführbar, sie sind auch korrumpierbar, immer wieder, so wie das im wirklichen Leben auch ist.

Nur etwas anderes macht mir viel mehr Sorge. Da ist jemand, der das Recht gebrochen hat oder vermutlich das Recht gebrochen hat, gegen den ermittelt wird, gegen den intern ermittelt wird, wo schon nach zwei Tagen, nachdem die Anwürfe bekannt werden, die Staatsanwaltschaft informiert wird. Und über diesen Vorgang, der auch vor den Betroffenen, weil man sie auch nicht bloßstellen möchte, wenn die internen Ermittlungen kein Ergebnis ergeben würden, geheim gehalten wird, die vorsichtig aus der Stelle, an der sie sitzen, entfernt werden, um Ermittlungsergebnisse nicht zu gefährden, und genau dieser Vorgang erscheint in der Presse. Das ist der eigentliche Punkt, über den wir im Ausschuss miteinander reden müssen.

(Zwischenruf Abg. Gentzel, SPD:
Das ist doch gewollt.)

(Beifall bei der CDU)

Dass so etwas vorkommt, ist immer wieder möglich.

(Zwischenruf Abg. Gentzel, SPD: Das
ist wie beim Verfassungsschutz.)

Nun will ich auch auf Ihren historischen Abriss noch einmal zu sprechen kommen. Ich denke, wir sollten uns schon darüber unterhalten. Wenn jemand Mitglied der internen Ermittlungen war, wenn er Mitglied der genannten Sonderkommissionen war - wir haben uns darüber im Ausschuss ja ausgiebig in der letzten Legislatur unterhalten und uns damit beschäftigt -, wenn er an maßgeblicher Stelle über Jahre hinweg damit beauftragt war, interne Ermittlungen zu führen und gegen Polizisten - eben wie es dann gegen ihn ging - zu klären, gibt es einen Verdacht, gibt es dort eine Straftat, dann ist das wirklich sehr brisant. Dann ist das eine Sache, die weit über das, was hier in der Zeitung steht, hinausgeht.

Nun vielleicht noch einmal zu der ersten Veröffentlichung, auf welche Art und Weise so etwas passiert, aus dem Internet unter der großen Schlagzeile "Ein neues Auto", "Freies Wort", "Homenachrichten regional", "Minister blockt ab, leitender Polizeibeamter soll mit Rotlichtszene gemauschelt haben", darunter, ich hätte fast gesagt unter der Überschrift "Ein neues Auto, Edelkarosse" mit der Unterschrift, "Mandy wartet im Rostocker Bordell auf den nächsten Kunden". Da wird zunächst einmal informiert über das erste Privatbetriebe in Rostock, um dann in einem Artikel Vermutungen, wahrscheinlich auch Informationen, die aus welchen Quellen auch immer gespeist worden sind, dem Leser als Sensation darzustellen. Der Minister hat darauf geantwortet, er hat das gesagt, was er sagen kann. Alles andere sollten wir nötigenfalls auch in vertraulicher Sitzung, auch in Anwesenheit der Staatsanwaltschaft, besprechen und dann ist derjenige, der das Verfahren führt, auch Herr des Verfahrens. Ich bezweifle, dass nach einem solchen Umgang mit vertraulichen Daten, wo auch wirklich Kriminalität gefördert wird, wenn es denn ein Kriminalfall ist, dass dann noch jemand, der mit solchen Ermittlungen betraut ist, wem auch immer, vorab interne Informationen gibt. Das gefährdet eigentlich auch die Arbeit und die notwendige Kontrolltätigkeit des Parlaments. Das ist in Wirklichkeit auch ein Ins-Abseits-stellen der gewählten Volksvertreter, die die Regierung kontrollieren sollen. Der Verdacht, woher denn solche Informationen kommen, der bleibt dann an all denen, die über solche Informationen verfügten, auch am Parlamentarier. Das ist eigentlich auch eine der schlimmen Folgen dieser Veröffentlichung. Der Journalist sagt, dass er nach einem Gespräch mit dem Pressesprecher des Innenministeriums darauf verwiesen hat, er würde auf die Veröffentlichung verzichten, wenn Ermittlungen gefährdet würden. Nur, wenn die Staatsanwaltschaft solche Ermittlungen führt und auch der Hinweis kommt,

hier laufen Ermittlungen der Staatsanwaltschaft, nur die können Auskunft geben, dann kann ich das nicht irgendjemand anderes ans Bein kleben und das zum Vorwand nehmen, es trotzdem rauszulassen. Ich denke, hier hat auch die Presse eine bestimmte Verantwortung nicht nur gegenüber der Informationspflicht für die Öffentlichkeit, sondern auch für das Gemeinwesen insgesamt.

(Beifall bei der CDU)

Es steht auch die Presse nicht außerhalb jeglichen Rechts.

Kollege Pohl, wir sind auch der Meinung, und das möchte ich hier auch beantragen, wir sollten darüber weiter im Innenausschuss sprechen, auch über die weiteren Fragen, die damit verbunden sind, und in aller Ruhe das Ergebnis abwarten. Ich befürchte, es ist mehr als das, was hier nur vordergründig als eine Situation aus dem Rotlichtmilieu geschildert wird. Da werden auch andere Dinge deutlich und das wird zurückreichen in die Jahre 1996, 1997, 1998 und andere. Wir tun gut daran, mit aller Sachlichkeit an diesem Thema zu arbeiten.

Mein Dank gilt in dieser Beziehung auch der ruhigen und der sachgerechten Art, wie hier um Aufklärung sowohl von der Polizei, von der Arbeitsgruppe "Interne Ermittlungen" als auch von der Staatsanwaltschaft gearbeitet worden ist. Ich will in dem Zusammenhang auch eine Person nicht unerwähnt lassen, der Name ist mehrfach gefallen. Das ist der ehemalige Abteilungsleiter in der Polizeiabteilung, der Herr Reimer, der nämlich leider verstorben ist und im Moment auf seine Beerdigung wartet. Ein vollkommen integerer Mann, ein sehr sensibler Mensch, der seine Aufgabe mit großer Ernsthaftigkeit ausgeführt hat und der, aus welchen Gründen auch immer, dann abgeordnet wurde zum Leiter des Statistischen Landesamts. Hier komme ich auch noch einmal auf die Art und Weise, wie Bericht erstattet wird, der dann beschmutzt und mit Dreck beworfen wurde als ein unfähiger Beamter, der dorthin abgeschoben worden sei. Ich möchte die Gelegenheit hier auch benutzen, mich in aller Form dagegen zu verwahren. So geht man mit Menschen nicht um.

(Beifall bei der CDU)

Herr Reimer ist nicht von ungefähr in dieser Nacht gestorben. Er war nämlich in diesem Zusammenhang sicherlich auch so erregt und als sensibler Mensch hat er sich das so zu Herzen genommen, das ihm letztendlich dasselbe auch brach in jener Nacht. Mir zumindest tut dieses eine Ergebnis dieser ganzen Sache unendlich Leid. Hier gilt das Mitgefühl auch der Ehefrau und der Familie des Herrn Reimer. Auch das möchte ich an dieser Stelle gesagt haben. Ich möchte in dem Sinne, Herr Pohl, und auch in dem Sinne, wie wir uns gestern eigentlich in die Augen geblickt haben bei einer Debatte, wo es auch um ein furchtbares Verbrechen ging, sollten wir in Zukunft nicht nur miteinander umgehen, denn immer, wenn wir miteinander über Dinge reden, reden wir auch über Per-

sonen und gehen auch mit anderen um und in dem Sinne wünsche ich mir die weitere Behandlung des Themas. Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lieberknecht:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Entschuldigung, Herr Minister noch einmal.

Köckert, Innenminister:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin Herrn Böck sehr dankbar, dass er - weil vom Kollegen Pohl hier Zusammenhänge hergestellt wurden - auch noch mal des Leiters des Landesamts für Statistik hier gedacht hat. Denn, was da an Vermutungen angestellt wird und wo angesetzt wird, die böse Kampagne, die man an seinen Namen geknüpft hat, fortzusetzen und an dieser Kampagne haben Sie sich, Herr Pohl, auch beteiligt,

(Zwischenruf Abg. Pohl, SPD:
Das ist eine Unverschämtheit.)

wie Sie darüber nachsinniert haben, wie man denn einen solchen Beamten in das Landesamt für Statistik bringen könne. Ich kann Ihnen die Zeitungsartikel zeigen, in denen Sie zitiert werden. Sie leiden wahrscheinlich an Gedächtnisschwund, ich kann Ihnen an dem Punkt aufhelfen. Deshalb bin ich dankbar, Herr Böck, dass Sie hier auch noch für Herrn Reimer ein gutes Wort eingelegt haben. Denn es gibt kaum einen so integren Beamten, wie er einer war.

Aber Sie zeigen, Herr Pohl, Dilettantismus. Das hätte ich von einem, der dem Innenausschuss seit 1990 angehört, nicht erwartet. Wer sich hier hinstellt und Namen nennt in einem solchen Verfahren, der ist Dilettant, abgründiger Dilettant.

(Beifall bei der CDU)

Es wäre schon interessant, woher Sie die Gewissheit haben, dass Sie die Vorwürfe, die im Einzelnen im "Freien Wort" genannt worden sind, schon als sichere Erkenntnis hier darbieten und hinstellen.

(Zwischenruf Abg. Pohl, SPD: Sie haben wahrscheinlich nicht genau zugehört.)

Nein, nein, das habe ich schon sehr genau gehört. Prostitution z.B. ist von mir nicht vorgetragen worden.

(Zwischenruf Abg. Pohl, SPD: Das war der Bericht des "Freien Worts".)

Sie haben es so vorgetragen, als wäre dieser Bericht Wirklichkeit.

(Zwischenruf Abg. Ellenberger, SPD:
Das ist doch eine Unterstellung.)

Nein, das kann man im Protokoll nachlesen. Ihre Verbindungsverknüpfung 1996 und 1997, die Sie als Erster in der Presse veröffentlicht haben, das zeugt schon von einem gewissen Spezialwissen. Auch damit kann sich der Innenausschuss vielleicht einmal beschäftigen, woher Sie denn diese Informationen haben, Herr Pohl. Das ist eine nicht ganz uninteressante Frage. Ihren Informanten haben Sie mit solchen Äußerungen sicher keinen Gefallen getan.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lieberknecht:

Es hat das Wort der Abgeordnete Sonntag, CDU-Fraktion. Nein, nicht? Entschuldigung, das war ein Missverständnis. Dann liegen mir jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. Es ist aber von verschiedener Seite, von Abgeordneten Pohl, Abgeordneten Böck, Fortsetzung der Beratung im Innenausschuss beantragt worden. Dann stimmen wir darüber ab.

Wer mit der Fortberatung im Innenausschuss einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. Gut, das ist eine große Einmütigkeit. Gegenstimmen? Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? Auch nicht. Dann werden wir uns mit diesem Thema im Innenausschuss weiter befassen. Ich darf noch feststellen, dass das Berichtersuchen gemäß § 106 Abs. 2 erfüllt ist. Widerspruch hiergegen regt sich nicht.

Ich komme zum Aufruf des **Tagesordnungspunkts 13**

**Siedlungsabfallwirtschaft im
Freistaat Thüringen
Beratung des Berichts der Landes-
regierung - Drucksache 3/2299 - auf
Verlangen der Fraktion der CDU**

dazu: Unterrichtung durch die Präsidentin
des Landtags

- Drucksache 3/2346 -

dazu: Entschließungsantrag der Fraktion
der PDS

- Drucksache 3/2377 -

Ich frage zunächst die PDS-Fraktion: Möchten Sie Ihren Entschließungsantrag begründen? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir unmittelbar zu den Beratungen. Es hat als Erster das Wort der Abgeordnete Kummer, PDS-Fraktion.

Abgeordneter Kummer, PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, zuerst möchte ich bedauern, dass unser Minister nicht am Anfang noch ein paar Worte an uns gerichtet hat, weil ich denke, die Entwicklung im Bereich der Siedlungsabfallwirtschaft ist in letzter Zeit noch weiter vorangeschritten und hier hät-

te noch eine Ergänzung zum Bericht erfolgen können. Trotzdem, ich denke, er wird es vielleicht im Laufe des Tagesordnungspunkts noch tun.

Erst einmal vielen Dank für den Bericht. Es gibt sicherlich viel Übereinstimmung zu den Punkten, die im Bericht genannt wurden. Aber, bevor Sie sich jetzt allzu sehr freuen, meine Damen und Herren von der CDU, einiges haben wir noch vermisst.

Zu diesen Punkten möchte ich jetzt kommen, aber ich warte wahrscheinlich erst einmal besser, bis die Damen und Herren hier den Saal verlassen haben, weil es im Moment noch ein bisschen unruhig ist.

Präsidentin Lieberknecht:

Ja, Sie haben Recht, Herr Kummer. Ich bitte auch um Ruhe, damit wir dieses Thema in Ruhe hier abhandeln können. Einen kleinen Moment noch.

Herr Abgeordneter Grob, Sie irritieren den Redner auch nicht. Es ist immer der zweite Tag, da ist so eine allgemeine Nervosität. Herr Abgeordneter Kummer, ich bitte jetzt fortzufahren.

Abgeordneter Kummer, PDS:

Wunderbar. Herr Krauß, eine Rede zu Protokoll zu geben, ist in diesem hohen Haus nicht möglich, deshalb kann ich das leider nicht tun und darf Sie hier weiter beglücken.

Was haben wir im Bericht vermisst? Zuerst einmal die Frage der Vermeidung.

Meine Damen und Herren, Abfallvermeidung sollte eigentlich - und so steht es auch im Thüringer Abfallwirtschaftsplan - an oberster Stelle stehen.

(Beifall bei der PDS)

Dieser Frage sollten wir Priorität einräumen, deshalb hätte sie im Bericht unbedingt auch Erwähnung finden müssen.

(Beifall bei der PDS)

In diesem Zusammenhang wäre es auch wichtig gewesen, bei der Empfehlung von Anlagen auf flexible Anlagen einzugehen, die bis 2005 gebaut werden sollten. Anlagen, die in der Lage sind, mit unterschiedlichen Abfallmengen zurechtzukommen, auf dass wir auch im Nachhinein noch weitere Potenziale bei der Abfallvermeidung haben und nicht darauf angewiesen sind, hohe Müllmengen zu bekommen, um dann unsere Anlagen entsprechend auszulasten. Gerade die rohstoffliche Nutzung hätte in diesem Zusammenhang auch noch eine stärkere Erwähnung finden müssen.

Und, meine Damen und Herren, das, was mir am meisten gefehlt hat, und deshalb auch unser Entschließungsantrag, das ist ein klares Bekenntnis zur Fördermöglichkeit von Abfallentsorgungsanlagen im Freistaat Thüringen. Ich möchte in diesem Zusammenhang einmal ein Zitat aus dem Bericht vortragen: "Derzeitig wird vorrangig über die Förderung der Errichtung von Restabfallbehandlungsanlagen diskutiert." Das TMWAI und das TMLNU suchen Wege, auch über die Förderung die infrastrukturelle Bedeutung der Errichtung von Restabfallbehandlungsanlagen in Thüringen zu unterstreichen. Im Zusammenhang mit der Novellierung der Förderrichtlinie "Siedlungsabfallwirtschaft" wird gegenwärtig vom TMWAI geprüft, ob bei der Errichtung von Restabfallbehandlungsanlagen eine GA-Infrastrukturförderung dieser Anlage möglich ist, um stabile und kostengünstige Entsorgungspreise für die gewerbliche Wirtschaft in der Region zu schaffen.

Meine Damen und Herren, wir werden spätestens im Herbst dieses Jahres die ersten Zuschläge haben. Dafür ist es wesentlich zu wissen, welche Fördermöglichkeiten es in Thüringen gibt. Wie lange wollen Sie denn noch prüfen? Ergebnisse sind gefragt.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Ich hoffe, dass Sie in diesem Punkt unserem Entschließungsantrag auch zustimmen werden.

Die nächste Frage, die mir im Bericht gefehlt hat, sind Aussagen zur Lösung der verfahrenen Situation in Mittelthüringen. Hier hat sich inzwischen etwas getan, deswegen hatte ich am Anfang gesagt, es wäre schön gewesen, wenn der Minister eröffnend ein paar Worte gesagt hätte. Wir haben einen Beschluss des Stadtrats in Erfurt, der sich für die Errichtung einer MBA und der energetischen Behandlung der heizwertreichen Fraktion am Standort Erfurt-Ost ausspricht und die Ausschreibung entsprechend beschlossen hat. Aber, was ist mit den anderen Kreisen in Mittelthüringen? Ich denke, hier haben wir noch gravierende Probleme und es gibt eine große Unsicherheit, was hier ab 2005 mit dem Abfall passieren wird. Diese Unsicherheit ist endlich aus der Welt zu schaffen. Auch hier muss die Landesregierung aktiv werden, ansonsten werden wir unseren Bürgern gegenüber hohe Müllgebühren ab 2005 zu vertreten haben, wenn dieser Abfall, der dort existiert, irgendwo auf dem freien Markt untergebracht werden muss.

Eine weitere Aussage, die gefehlt hat, wäre eine Aussage zu dem Problem der Rücklagen für Deponien gewesen. Es hat sich hier immer noch nichts getan. Die Rücklagen können immer noch in den allgemeinen Haushalt überstellt und dementsprechend abgeschöpft werden. Ich möchte in dem Zusammenhang nur auf die Anfrage meiner Kollegin Heidrun Sedlacik verweisen.

Was ebenfalls noch nicht geklärt ist, ist eine Aussage zur Anerkennung der in der heizwertreichen Fraktion vorhan-

denen Biomasse als Biomasse nach dem erneuerbaren Energiegesetz. Wir hatten hier im hohen Haus schon einmal einen Änderungsantrag der Fraktion der PDS, der diesen Punkt mit aufgenommen hatte, wo mein Kollege Sonntag gesagt hat, dass dieser Antrag von der Gegenwart bereits überholt wäre, am 14.12. war das. Ich möchte Ihnen dazu aus der VKS-News vom Mai 2002 ein Stück vorlesen, wo man das anscheinend anders sieht. Hier steht: "Die EG-Richtlinie definiert hingegen in ihrem Artikel 2 b, Biomasse ist der biologisch abbaubare Anteil von Erzeugnissen, Abfällen und Rückständen der Land- und Forstwirtschaft und damit verbundener Industriezweige sowie der biologisch abbaubare Anteil von Abfällen aus Industrie und Haushaltungen. Diese Definition ist für alle EU-Mitgliedstaaten verbindlich. Eine EG-Richtlinie muss immer noch formal in deutsches Recht umgesetzt werden und bedarf dazu eines legislativen Verfahrens. Die materiellen Mindestanforderungen der EG-Richtlinie dürfen im nationalen Recht nicht unterschritten werden, jedoch können Mitgliedstaaten im Rahmen der Umsetzung strengere oder ergänzende Regelungen festschreiben. Der deutsche Gesetzgeber muss deshalb innerhalb des zur Verfügung stehenden Umsetzungszeitraums die Definition der Biomasse in den §§ 2 und 3 der Biomasseverordnung durch die Biomassedefinition der Richtlinie 2001/77/EG ersetzen."

Meine Damen und Herren, hierauf hätten wir schon lange hinwirken können und hätten damit Rechtssicherheit für unsere Entsorgungsträger schaffen können. Wir haben wertvolle Zeit verloren und das finde ich bedauerlich.

(Beifall bei der PDS)

Meine Damen und Herren, im Bericht wurde die Situation in den Verbänden dargestellt. Die Ausschreibung läuft bereits in den meisten Verbänden. Die Vergabe soll noch in diesem Jahr erfolgen und dann kommt es zum Bau der Anlagen. Die Zeit dafür ist knapp. Wichtig ist in diesem Zusammenhang wirklich, dass wir Klarheit bei der Förderung haben, denn ich sage Ihnen ganz ehrlich, wir haben in Thüringen eine Verantwortung für unseren Müll. Ich denke, wir sollten dieser Verantwortung gerecht werden, indem wir von vornherein klar und deutlich sagen, Anlagen, die in Thüringen entstehen, werden vom Freistaat Thüringen auch gefördert. Damit haben solche Anlagen einen Vorteil und wir setzen ein Signal, dass wir Dienstleistungsvergaben, die mehrfach erfolgen werden, nicht irgendwohin in angrenzende Bundesländer geben, sondern dass wir hier in Thüringen die Anlagen haben werden, dass wir hier auch die Wertschöpfung und die Arbeitsplätze haben werden.

(Beifall bei der PDS)

Deshalb möchte ich Ihnen unseren Entschließungsantrag in Punkt 1 noch einmal unbedingt empfehlen. Wenn Sie diesem Punkt zustimmen, tun Sie etwas für die Infrastrukturförderung, für Industrie und Gewerbe in Thüringen.

Nun zu Punkt 2 unseres Antrags, der wird sicherlich dem einen oder anderen von Ihnen nicht schmecken, weil ich hier im Konzept stehen habe, mechanisch-biologische Anlagen und Verfahren bevorzugt zu berücksichtigen. Aber, meine Damen und Herren, das hat einen besonderen Grund. Die Ausschreibungen beim Abfallzweckverband Südwestthüringen haben zum Schluss nur noch drei Verbrenner als Anbieter gehabt, und das deshalb, weil es zurzeit keinen Markt für die heizwertreiche Fraktion gibt. Wir haben hier ein großes Problem, aber ich denke, das ist ein temporäres Problem und gerade Anlagen, die die heizwertreiche Fraktion aussortieren, auf dass man die anschließend stofflich oder auch thermisch verwerten kann, haben eine wesentlich größere Flexibilität als eine Müllverbrennungsanlage.

(Beifall bei der PDS; Abg. Becker, SPD)

Ich habe hier in Zukunft die Chance, einen größeren Anteil stofflich zu verwerten durch die immer besser werdenen Recyclingverfahren und ich habe auch die Chance, in Anlagen, die diese heizwertreiche Fraktion thermisch verwerten, andere hochkalorische Fraktionen mit einzusetzen, unter anderem Biomasse aus dem Bereich der Landwirtschaft. Ich habe also die Möglichkeit flexibel zu reagieren und ich habe es von vornherein abgesichert, dass meine Anlagen nicht unausgelastet fahren werden, egal inwieweit wir die heizwertreiche Fraktion noch rohstofflich verwerten können. Deshalb bitte ich Sie inständig, stimmen Sie auch diesem zweiten Punkt zu, dass wir diese temporäre Situation für die mechanisch-biologischen Anlagen durch eine Förderung überbrücken können, damit wir solchen Anlagen in Thüringen eine Chance geben und einem vernünftigen Abfallbehandlungskonzept. Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS)

Ach so, noch ein Hinweis zum Verfahren. Da ich denke, dass Sie sicherlich mit Punkt 2 mehr Schwierigkeiten haben werden, werden wir diese Punkte einzeln abstimmen, und das in namentlicher Abstimmung.

(Beifall bei der PDS)

Präsidentin Lieberknecht:

Es hat jetzt das Wort Frau Abgeordnete Becker, SPD-Fraktion.

Abgeordnete Becker, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, Herr Kummer, ich widerspreche Ihnen ungern, aber der Antrag vom 14.12.2001 der CDU-Fraktion hat einfach nicht mehr hergegeben. Der ist beantwortet worden in dem Bericht und wir hatten damals schon bemängelt, dass der Antrag nicht viel hergibt, aber der Herr Minister hat darauf richtig geantwortet. Mehr war da nicht zu antworten. Herr Minister, ich verteidige Sie auch manchmal.

(Zwischenruf Dr. Sklenar, Minister für
Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt:
Sehr schön.)

Aber das ist jetzt auch vorbei. Der Bericht zeigt deutlich, dass den Zweckverbänden und Kommunen eine ausreichende Planungssicherheit fehlt. Sie wissen nicht, welche Abfälle sie ab 2005 in ihren Behandlungsanlagen noch angedient bekommen. Das ist richtig. Dieses hat auch verschiedene Ursachen, die liegen nicht nur im Land Thüringen, aber wesentlich bei der Landesregierung, denn durch einen Landesabfallwirtschaftsplan, der klare Aussagen enthalten hätte, der 2000 verabschiedet und veröffentlicht wurde, hätten wir Einfluss nehmen können auf eine landesweite Abfallplanung. Leider haben Sie das nicht getan. Dadurch werden Mehrbelastungen auf die Bürgerinnen und Bürger zukommen.

Wir hätten durch klare Vorgaben erstens die Standorte eingrenzen können. Wir hätten auch - wie das im Entschließungsantrag der PDS gefordert wird - sagen können, welche Anlagen wir in Thüringen denn vorrangig möchten. Auch diese Möglichkeit hätten wir

(Zwischenruf Abg. Wunderlich, CDU)

gehabt. Was haben Sie gesagt, ich habe Sie nicht verstanden, Herr Wunderlich. Entschuldigung.

(Zwischenruf Abg. Wunderlich, CDU)

(Zwischenruf Abg. Dr. Klaubert, PDS)

Das habe ich auch gehört. Danke. Wir hätten mit der Landesplanung und die haben Sie nun einmal in Ihren Händen, Herr Minister Dr. Sklenar, wirklich den Zweckverbänden helfen können. Sie hätten Sicherheit gehabt, Sie hätten gewusst, an welchen Standorten es vielleicht nicht so gut ist, eine Anlage errichten zu wollen, wie jetzt in Zella-Mehlis. Da gibt es so viele Kritikpunkte, aber Sie haben sich jahrelang nicht daran beteiligt. Das muss ich Ihnen leider vorwerfen. Wir haben schon in der großen Koalition darauf hingewiesen, dass wir mit der Landesplanung wesentlich darauf Einfluss nehmen können, was im Land Thüringen denn geschieht.

Einen weiteren Kritikpunkt hat Herr Kummer auch schon angesprochen, das ist natürlich die Sache mit der Förderrichtlinie. Wir haben eine geltende Förderrichtlinie, das brauchen wir nicht sagen, aber Sie und Ihre Leute aus Ihrem Haus reden seit einem Jahr, dass sie überarbeitet werden soll, und so sind sie auch in die Zweckverbände gegangen. Die Zweckverbände sind dann auf uns zugekommen und haben gesagt, mit diesen 20 Prozent, die im überarbeiteten Entwurf vorgesehen sind, können wir schlecht umgehen. Dann hatten Sie hier im März im Plenum darauf hingewiesen, dass Sie als Minister gar keinen Pfennig dafür geben wollen. Das können Sie auch entscheiden, das ist eine Verordnung. Nur, Sie müssen es irgend-

wann entscheiden, weil der Zeitpunkt ist einfach zu spät. Die Ausschreibungen laufen, Nordthüringen hat sich für eine VOL entschieden. Wir werden den Abfall in Nordthüringen verlieren. Wir haben die Deponie in Menteroda und die Bürgerinnen und Bürger müssen für die Schließung der Deponie in Menteroda aufkommen. Sie glauben noch nicht, dass der Müll wieder zurückkommt, wenn die VOL beschlossen wird, also das ist ja beschlossen. Aber wenn die Ausschreibungskriterien so, wie sie vorgelegt sind, umgesetzt werden, wird der Müll aus Nordthüringen höchstwahrscheinlich verschwinden. Er wird uns entzogen und da müssen die Bürgerinnen und Bürger im Landkreis Nordhausen die Gebühren für die Deponie Menteroda, die wir in weiser Voraussicht ja gut TASI-gerecht ausgebaut haben, zahlen. In ihrem Deponiekonzept sieht das eine weitere Nutzung der Deponie in Menteroda ab 2005 vor; aber wir brauchen sie nicht mehr. Was nützt denn ein Deponiekonzept, was nicht mit der Region abgestimmt ist und was nicht auf die einzelnen Belange eingeht. Das ist unser Problem und das sind sehr hohe Kosten. Wir haben die Deponien insgesamt mit 88,5 Mio. € gut finanziert und mit gefördert und jetzt haben wir Deponien - da Sie kein landesweites Konzept vorlegen -, die wir ab 2005 durch Ihr Nichtstun nicht mehr brauchen werden. Das sind Belastungen, die auf die Bürgerinnen und Bürger zukommen und da werden die 5 € nicht reichen, die Sie auf Seite 8 Ihres Berichts angesprochen haben. Ich gebe Ihnen Brief und Siegel, es wird nicht reichen. Es wird teurer kommen und Sie hatten es in der Hand. Ich muss auch sagen, dass wir das wirklich schon die ganze Zeit gesagt haben, dass Sie mit planen und auf die Zweckverbände zugehen sollen, um sie an die Hand zu nehmen. Da kommt wieder die Kritik, sie wollen alles vorschreiben, aber es wäre vielleicht richtig gewesen, hier einmal etwas mehr vorzuschreiben. Die Förderrichtlinie, wenn Sie sie irgendwann einmal in Kraft gesetzt hätten, die gibt es ja nicht, hätte auch, wie in Mecklenburg-Vorpommern, mechanisch-biologische Anlagen präferieren können und dann hätten wir den Abfall näher an den Deponien gehabt. Mechanisch-biologische Anlagen hätten wir in die Nähe der Deponien gesetzt. Wir haben 17 Deponien, die TASI-gerecht ausgebaut sind, mit 88 Mio. € gefördert und 2005 braucht sie kein Mensch mehr. Da können Sie doch nicht sagen, dass das ein Konzept ist.

(Zwischenruf Dr. Sklenar, Minister für
Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt:
Die werden zugemacht.)

Natürlich werden die zugemacht und die Bürgerinnen und Bürger müssen die Abschreibungen tragen, das ist das Problem, das wir dann haben.

(Beifall bei der PDS, SPD)

(Zwischenruf Dr. Sklenar, Minister für Land-
wirtschaft, Naturschutz und Umwelt: Das ist
Quatsch.)

Wenn man mechanisch-biologische Anlagen zugelassen hätte, wäre die Abfallmenge trotzdem real höher. Nein, das ist kein Quatsch, das ist so, Herr Minister. Das wissen Sie, andere Länder machen das auch. Niedersachsen ist auch dabei, das zu tun. Auch in Hannover und Lüneburg und Dresden wird es so gemacht. Sie haben eine große mechanische Anlage gebaut, bedienen damit ihre Deponien, geben die heizwertreiche Fraktion weg, aber die Deponien werden bedient. Großlobichau, was meinen Sie, was passiert, wenn der ganze Müll aus Thüringen verschwindet. Was soll denn dann in Jena mit Großlobichau werden? Die haben ein besseres Konzept, das muss ich ja sagen, als Nordthüringen. Deshalb ist Großlobichau auch in das Konzept mit eingebunden. Sie können doch nicht sagen, ab 2005 machen wir die Deponien zu und die Bürgerinnen und Bürger müssen dafür zahlen. Das ist ja ... Gut, wir werden sicherlich noch öfter darüber reden.

Ein zweiter Punkt ist die Überarbeitung der Gewerbeabfallverordnung. Eine Bundessache und die hat uns jetzt auch, glaube ich, ereilt, dass es jetzt abgeschlossen ist. Am 26. April hat der Bundesrat noch einmal dazu sechs wesentliche Änderungen eingebracht. Dann hat die Bundesregierung am 15. Mai 2002 diese Gewerbeabfallverordnung beschlossen und sie soll wahrscheinlich im Januar oder Februar nächsten Jahres in Kraft treten. Diese Gewerbeabfallverordnung wird verhindern, hoffen wir jedenfalls und das hoffen Sie ja auch, dass die Gewerbeabfälle vermisch werden. Weil, dann würden ja diesen zu errichtenden Anlagen in Thüringen, was ich immer noch nicht hoffe, dass eine Müllverbrennungsanlage in Thüringen entstehen muss, dass diese vorhandenen Mengen des Mülls, die wir 2005 haben, werden dann noch verringert durch die Vermischung. Diese Gewerbeabfallordnung soll verhindern, dass es zu einer Vermischung von Abfällen bei der Beseitigung und Verwertung kommt. Da haben Sie, glaube ich, auch mitgearbeitet, dass das jetzt passiert und die Gewerbeabfallverordnung auch in Kraft treten kann. Das ist aber nur ein kleiner Punkt. Wir haben sicherlich noch, auch in Bezug auf die EU, vieles zusammen zu tun - die Länder und die Bundesregierung -, dass die angestrebte Liberalisierung des Marktes durch die EU nicht durchgesetzt werden kann. Aber ich sehe da auch keine Konflikte zwischen Bundesregierung und den Ländern. Wir wollen, dass der Hausmüll bei den Kommunen bleibt, da sind wir uns sicherlich alle einig. Sonst wäre das Konzept bis 2005 gar nicht umsetzbar und danach kämen noch höhere Kosten auf die Bürgerinnen und Bürger des Freistaats zu.

Zum Antrag der PDS-Fraktion noch ein paar Worte: Sicherlich, wir werden ihm zustimmen, das ist klar. Nach meiner Meinung kommt er auch ein bisschen spät, weil der nächste Zeitpunkt für die Förderrichtlinie für die Restabfallanlagen das II. Quartal 2002 ist. Das ist vollkommen richtig, aber, Herr Minister, ich weiß nicht, ob Sie heute endlich dazu Stellung nehmen, wenn Sie diese Förderrichtlinie nun endlich in Kraft setzen, weil dieses Hickhack die Bürgerinnen und Bürger im Land Thüringen ver-

unsichert. Das schürt nur noch Konflikte. Sie haben die Konflikte in Südhüringen nicht entzaubern können, Sie haben die Konflikte sicherlich bald auch noch massiv im Erfurter Raum. Darüber hat Herr Kummer schon gesprochen. Wenn Sie die Siedlungsabfallwirtschaft weiter so betreiben wie in den letzten zwei Jahren, sehe ich schwarz für die Abfallwirtschaft und für die Kosten der Bürgerinnen und Bürger in Thüringen. Es ist so, da brauchen Sie nicht zu schütteln. Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Präsidentin Lieberknecht:

Das Wort hat der Abgeordnete Sonntag, CDU-Fraktion.

Abgeordneter Sonntag, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, auf Basis des Antrags der CDU in Drucksache 3/1972 und auf Beschluss des Landtags vom 14.12.01 in Drucksache 3/2084 hat die Landesregierung ihren Bericht zur Siedlungsabfallwirtschaft vorgelegt. Dieser macht deutlich, was auf dem Gebiet geschehen ist, wertet die rechtlichen Grundlagen und gibt einen Ausblick auf die kommenden Jahre. Er bildet eine gute Grundlage zur parlamentarischen Debatte. Die CDU-Fraktion betrachtet die Siedlungsabfallwirtschaft als ein weiteres umweltpolitisches Schwerpunktthema, neben der Neuordnung der Fernwasserversorgung. Denn mit dem Datum vom 1. Juni 2005 steht ein gravierender Epochewechsel an, indem Siedlungsabfälle zwingend einer Vorbehandlung unterzogen werden müssen. Dadurch gelangen die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger unter einen weit reichenden Entscheidungsdruck. Meine Vorrednerin und Vorredner haben darauf hingewiesen.

Auch in unserem Fraktionsforum zum gleichen Thema am 20. März hier im Plenarsaal wurde deutlich, welche gravierenden Änderungen und Entscheidungen vor uns stehen. In den Vorträgen und in der Diskussion wurde auch klar gesagt, dass Thüringen vergleichsweise gute Ausgangsbedingungen auf dem Gebiet hat. Auf der Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte, bei denen die Zuständigkeit der Siedlungsabfallwirtschaft liegt, gepaart mit Unterstützung des Landes und dem nötigen Augenmaß, wurden die notwendigen Entscheidungen vorangebracht.

Wie Sie wissen, sind die Ausschreibungen zur Behandlung von Abfällen inzwischen auf dem Weg und mit den ersten Entscheidungen ist ab Mitte des Jahres zu rechnen. Auch macht uns bekanntermaßen Mittelthüringen in seiner Strukturfindung noch Sorgen. Aber die jüngsten Signale lassen hoffen, dass man sich wieder weitgehend zusammenschließt.

Die Zielstellung der Landespolitik kann wie folgt zusammengefasst werden: Wir brauchen von EU, Bund und Land Planungssicherheit für die Zeit nach 2005, damit die In-

vestitionen der entsorgungspflichtigen Körperschaften nicht auf Sand gebaut werden und letztlich den Gebührenzahler belasten. Wir müssen die finanziellen Voraussetzungen schaffen, weitere, dann nicht mehr benötigte Deponien zu schließen bzw. zu rekultivieren und eine bedarfsgerechte Infrastruktur für Behandlungsanlagen, thermisch oder mechanisch-biologisch, je nach der günstigsten Lösung, zu ermöglichen. Wir brauchen kurze Genehmigungsverfahren im Freistaat für Anlagen zur Abfallbehandlung, um die Entsorgungssicherheit ab 2005 auch zu gewährleisten.

Nur, Frau Becker scheint alle diese Fakten zu ignorieren und hat auch offenbar diesen Bericht nicht gelesen.

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Ha, ha.)

Eigentlich hatten wir gehofft, dass Sie, Frau Becker, ich komme nachher noch auf Ihre recht aufgeregte Rede gerade eben, mit dem Bericht der Landesregierung ein sachlich fundiertes Material - gewissermaßen ein Fortbildungsprogramm - erhalten hätten, um es auch qualitativ in Ihren öffentlichen Äußerungen zu nutzen; aber weit gefehlt. Alles wird ignoriert und in Ihrer Presseerklärung vom 10. April spielen Sie brav Ihre Rolle von der Fundamentaloppositionellen, wider allen Wissens, falls vorhanden.

Sie werfen dem Minister Konzeptionslosigkeit und Versäumnisse bei der Planung von Anlagen vor und kritisieren auch noch den einzigen echten Standort für eine Vorbehandlungsanlage in Zella-Mehlis, indem Sie hurtig an der Mär der Luftverschmutzung stricken. Konstruktiv kann man das nicht nennen. Vielleicht hätten Sie sich die Mühe machen sollen, den Bericht der Landesregierung auch zu lesen, dann müssten auch Sie begreifen, dass, im Gegensatz zum Nachbarland Sachsen-Anhalt, hier in Thüringen in diesem Bereich geordnete Verhältnisse herrschen. Übrigens, für beide Länder - Sachsen-Anhalt und für Thüringen - gilt, und ich zitiere, Frau Präsidentin, mit Ihrer Erlaubnis aus dem Bericht der Landesregierung: "Kommunale Pflichtaufgabe: ausschließlich Landkreise und kreisfreie Städte und deren Zusammenschlüsse zu Abfallwirtschaftszwecken sind in Thüringen", in Sachsen-Anhalt wird es ähnlich sein, "für die Entsorgung der Abfälle aus privaten Haushalten und für die Abfälle zur Beseitigung aus dem Gewerbe zuständig." Sie erfüllen damit die Funktion von öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern. Dies ist kommunale Pflichtaufgabe im Rahmen der Daseinsvorsorge. Nun vergleichen Sie einmal die Situation hier in Thüringen, die Sie im Bericht der Landesregierung hinreichend dargestellt finden - das wiederhole ich jetzt aus Zeitgründen nicht -, mit der Situation in Sachsen-Anhalt. Warum gerade Sachsen-Anhalt? Nun, es war als erstes rotgrün und rotrot regiert, es war quasi das Experimentierfeld der Ökologen bestimmter ideologischer Richtung, zu der ich Sie, Frau Becker, sicherlich zählen darf. Darauf muss ich hinweisen: anstatt die dort vorhandenen exzellenten Voraussetzungen in Sachsen-Anhalt sofort zu nutzen, und zwar zu nutzen in dem Sinne, was uns Herr Kum-

mer in seinem Redebeitrag empfohlen hat, und wirklich ein leuchtendes Vorbild stofflicher Nutzung zu geben, ist Sachsen-Anhalt gekennzeichnet durch fehlende Planungsvoraussetzungen. Es fehlen dort alle koordinierenden Hilfen, was dazu führt, dass einzelne Landkreise Alleingänge mit sehr teuren Großlösungen oder mit Großanlagen, die zwingend auf Import setzen, gehen wollen. Es dürfte Ihnen bekannt sein, dass in Sachsen-Anhalt mindestens acht Verfahren für solche Anlagen im Gange sind oder in Gang gebracht werden sollen in einer Größenordnung, die ein Müllvolumen braucht, Frau Becker, was weit über das Aufkommen des Dargebots Sachsen-Anhalts hinausgeht, was das Dargebot von Thüringen und einen Großteil von Westsachsen mit einbezieht, wenn alle diese Anlagen gebaut werden. Außerdem ist Sachsen-Anhalt bundesweit unrühmlich bekannt geworden mit einer der größten, wenn nicht sogar der größten ungesicherten Wegwerfdeponie in Halle-Lochau. Bundesweit ist Halle-Lochau ein Begriff geworden. Man muss sagen, Gott sei Dank sind die - ich sage es ganz vorsichtig - Vorgänge der letzten Landesregierung in Sachsen-Anhalt, die beim Bund vorstellig geworden ist, um dieses fortsetzen zu können, auch von der Bundes-SPD abgewiesen worden. In einem CDU-regierten Bundesland wäre der konzertierte Aufschrei aller einschlägigen Verbände von BUND bis Greenpeace sicher gewesen. Ich kann mir Aktionen wie die von Greenpeace dann gut vorstellen. Nur schade, dass sie es in Sachsen-Anhalt, in Halle-Lochau nicht gemacht haben. Wir hier dagegen haben, Sie haben vorhin darauf hingewiesen, mit finanzieller Hilfe des Landes sichergestellt, dass die verbleibenden 17 Deponien TASI-gerecht ausgebaut worden sind.

Mit den sich jetzt abzeichnenden Anlagen, die in Thüringen gebaut werden könnten, weil die Ausschreibungen darauf hinwirken werden, wird sich in Thüringen keinesfalls eine derartige Überkapazität abzeichnen, wie das in Sachsen-Anhalt möglich sein könnte. Darüber hinaus, was die TASI-gerechten Deponien betrifft, sind es in Sachsen-Anhalt gerade einmal vier von 29. Also auch da sehen Sie, Frau Becker, dass die Landesregierung ihre Hausaufgaben gemacht hat. Es gibt dort noch nicht einmal einen Landesabfallwirtschaftsplan, wo diese festgeschrieben sind. Der Bericht macht auch deutlich, wo das Problem der nächsten Jahre steht, und zwar wie und in welcher Höhe die Schaffung der zukünftigen Behandlungsinfrastruktur gefördert wird einschließlich der noch notwendigen Rekultivierungen von Deponien. In dem Bericht ist die Gesamtsumme in Höhe von 87 Mio. € ausgewiesen.

Meine Damen und Herren, als ich diesen Bericht halten wollte, das war an dem Tag, an dem das Attentat in Erfurt stattfand, war von der neuen Steuerschätzung noch nichts zu erkennen. Die neue Steuerschätzung und die damit verbundenen Ausfälle und die darauf folgenden Reaktionen im nächsten Doppelhaushalt lassen es nicht leichter werden, meine Damen und Herren, dieses in praxi umzusetzen. Deshalb muss ich darauf hinweisen, dass wir es im Rahmen

der Beratung des Doppelhaushalts diskutieren werden, auch darüber hinaus. Wenn die finanzielle Situation in Thüringen eine derartige Förderung zulässt, sind wir gern bereit, das auch zu tun. Aber ich sehe momentan noch, ich sage es wieder vorsichtig, mindestens Diskussionsbedarf. Die Bürger werden es dann logischerweise in ihren Portemonnaies spüren, welche Auswirkungen die verfehlte Politik in Berlin, denn letztendlich ist das ja eine Folge dieser Politik, auch auf ihre Müllgebühren haben wird. Es kommt darauf an, dass auch Sie, Frau Becker, darauf hinweisen, wie die Kausalkette aussieht. Deshalb lehnen wir einen vorgezogenen Landtagsbeschluss, der Haushaltsrelevanz hat, wie er im Punkt 1 des PDS-Antrags zu erkennen ist, ab. Darüber hinaus gehe ich davon aus, dass die zitierten 87 Mio. € auf Fakten beruhen und keine Luftnummer darstellen, so dass also das Volumen, von dem wir reden müssen, über das wir diskutieren müssen, bekannt ist.

Meine Damen, meine Herren, lassen Sie mich kurz auf den Antrag der PDS eingehen. Abgesehen von den gerade eben genannten Gründen gibt es auch Schwierigkeiten in der rechtlichen Auswirkung der Formulierung in Punkt 1, und zwar bezüglich der Gleichbehandlung unterschiedlicher Eigentümer und Betreiber von Anlagen. Dies sollten wir einmal intensiv ausloten. Aber da haben wir im Rahmen der Diskussion sicherlich noch öfters Gelegenheit. Es liegt uns nahe, im Rahmen der Förderung die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger bei der Rekultivierung ihrer Deponien zu unterstützen. Auf diesen wichtigen Punkt geht der Entschließungsantrag nicht ein. Ich möchte diesen hier noch einmal ausdrücklich herausstellen. Insofern ist der Entschließungsantrag in seiner Systematik schon einmal recht unvollständig. Im Übrigen, das vielleicht noch als Hinweis, meine Damen, meine Herren, in Deutschland sind üblicherweise thermische Anlagen und MBAs bisher nicht gefördert worden. Wenn wir also in Thüringen eine öffentliche Debatte in dieser Richtung lostreten, sollten wir auch darauf hinweisen. Ich denke einmal, man kann sich Dinge leisten, wenn das Geld dafür da ist.

Nun zum Punkt 2 - mechanisch-biologische Anlagen und Verfahren zu bevorzugen: Einmal abgesehen davon, dass es, Herr Kummer, da so aussieht, als würde eine alte Ideologie wieder hervortreten, und wir gehofft haben, dass diese Zeiten endgültig vorbei sind, haben Sie in Ihren Ausführungen das wichtigste Kriterium genannt. Sie erwähnten, dass in der Ausschreibung, wie Sie sagten, sich nur drei "Verbrenner" beworben hatten, und Sie erwähnten, dass es bisher noch keinen Markt für diese heizwertreiche Fraktion gäbe. Da wir auf die Ausschreibungen der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger logischerweise keinen Einfluss nehmen werden, ist das natürlich eine Situation, die von Angebot und Nachfrage abhängt. Ich kann mir sehr gut vorstellen, dass MBAs von Vorteil sind, gerade aus den Gründen, die Sie genannt haben. Aber wenn es - mich wundert das zwar etwas - bei dieser Ausschreibung keine Angebote gegeben hat, dann hat auch die Landesregierung keine Möglichkeit, darauf Einfluss zu nehmen. Darüber hinaus muss ich darauf hinweisen, meine Damen und Her-

ren, ganz gleich ob eine Verbrennung oder eine MBA, für den Bürger vor Ort ist es wichtig, dass die kostengünstigste und die technisch beste Lösung gefunden wird, das heißt, sie muss Standardtechnik beinhalten oder besser sein. Mit Ihrem Punkt 2, Herr Kummer, entfernen Sie sich von diesen Vorgaben. Aber vielleicht haben Sie auch Angst vor der Realität, dass MBAs gegenüber den thermischen Anlagen im konkreten Fall, so es denn Angebote gibt, die teurere Lösung bedeuten könnten. Wie sollen die Verwaltungsräte das dann ihren Bürger erklären? Denn sie müssen das letztlich vor diesen verantworten. Wir wollen deshalb nicht durch Manipulation bei der Förderrichtlinie auf Ergebnisse von Ausschreibungen Einfluss nehmen. Daher werden wir diesen Punkt 2 ablehnen. Außerdem, wir machen uns etwas vor, wenn wir so tun würden, Frau Becker, als brächten mechanisch-biologische Verfahren keine Umweltbelastungen. Ja sicher, es ist richtig, dass bei der MBA vor Ort, wo die Trennung erfolgt, keine Emissionen durch Verbrennung existieren. Das ist logisch. Diese Emissionen, die allerdings aufgrund der Vorgaben oder Vorschriften bei der 17. BImSchV sehr niedrig liegen, deutlich niedriger als alle anderen Emissionen bei Verbrennungen, die treten dann dort auf, wo der Standort des Verbrenners ist. Das kann, muss nicht in Thüringen sein. Das wird erfahrungsgemäß dort sein, wo Anlagen dazu bereits vorhanden sind. Das ist in Dresden der Fall. Für die, die das nicht kennen, Dresden betreibt eine MBA am Standort und bringt die heizwertreiche Fraktion in die "Schwarze Pumpe", das ist an der Landesgrenze zu Brandenburg und dort wird das vergast und das Gas wird entweder zu Methanol verarbeitet oder im Normalfall übrigens in einer Turbine verbrannt. So, dann wird natürlich Lieschen Müller fragen, wozu der ganze Aufwand, warum wird das dann nicht gleich in Dresden verbrannt. Aber das nur einmal nebenbei.

Meine Damen, meine Herren, in der Frühphase von MBA, als die ideologische Diskussion noch in vollem Gange war, gingen die Anlagenbauer von Vorgaben aus, die aus heutiger Sicht - man könnte sagen - als vorsintflutrig eingestuft werden. Mit den mittlerweile existierenden Vorgaben für solche Anlagen geben alle Fachleute in ihren Studien Kosten aus, die den Anlagen der thermischen Seite in etwa gleich sind. Es gibt in diesen MBA's ein Emissionsspektrum, dessen Gefährdungspotenzial schlussendlich zu den verschärften Abfallbehandlungsvorschriften geführt hat, damit den oft propagierten Kostenvorteil zunichte gemacht hat. Eine Verwertung der entstehenden heizwertreichen Fraktion, die im allgemeinen standortfern durchgeführt wird, ist dann zwingend erforderlich. Der Rest mit höherem Gehalt an Methanbildnern als bei der kohlenwasserstofffreien Asche aus Müllverbrennungsanlagen wird deponiert. Und hier, Frau Becker, kommen wir dann auf Ihre 17 TASI-gerechten Deponien zurück. Denn, wenn ich mal auf Ihren aufgeregten Vortrag eingehen darf - haben Sie sich mal überlegt, als die Diskussion, das ist etwa jetzt 7 bis 8 Jahre her, um diese Zäsur "Juni 2005" noch im vollen Gange war -, damals bereits haben die Betreiber und die Erbauer von Müllverbrennungsanlagen immer darauf hin-

gewiesen, dass die Asche dieser Anlagen auch auf Deponien gelagert werden darf, die nicht TASI-gerecht ausgebaut werden, haben darauf hingewiesen, dass diese Asche auch wieder in den Kreislauf der Wirtschaft zurückgeführt werden kann. Spätestens dort hätten Sie sich doch fragen müssen, Herr Gott noch mal, wozu brauchen wir denn nach 2005 überhaupt TASI-gerechte Deponien. Nur, damals wurde der Kampf ja in eine andere Richtung geführt. Da hat ja die SPD versucht, diese Regelung, die wir nun einhalten müssen, zu kippen. Das war ja der Grund für Halle-Lochau und das war ja der Grund für viele Diskussionen der SPD.

Präsidentin Lieberknecht:

Herr Abgeordneter Sonntag? Darf ich mal um Ruhe bitten. Es gibt viel Unterhaltungsbedarf, das kann man ja vor der Tür tun, aber im Saal muss es doch möglich sein, den Redner noch zu verstehen.

Abgeordneter Sonntag, CDU:

Ich danke Ihnen, Frau Präsidentin.

Jetzt, Frau Becker, wo dieses Datum 2005, Juni, quasi vor der Tür steht, schwenken Sie in Ihrer Diskussion um und beklagen die Tatsache, dass wir 17 TASI-gerechte Deponien im Lande vorhalten. Es stimmt, wenn der große Teil der Abfälle entweder verwertet wird oder außer Landes gebracht wird, dann steht die Frage, wozu muss das Zeug dann teuer wieder auf die TASI-gerechten Deponien in Thüringen zurückgebracht werden. Und ob da die Lösung, die wir im ZRO gefunden haben, unbedingt die beste sein mag, das will ich mal offen lassen, zumindest aus Altenburger Sicht ist sie das nicht.

Meine Damen, meine Herren, wir haben vorhin von Herrn Kummer einen auf den ersten Blick faszinierenden Vorschlag gehört, was dieses Konzept der mechanisch-biologischen Anlagen und Verfahren betrifft. Er möchte das nach wie vor abgestimmt wissen. Er geht davon aus, dass er mit diesem Konzept die Arbeitsplätze im Lande behalten wird, die Wertschöpfung im Lande behalten wird - das mag ja alles sein. Nur, Herr Kummer, Sie selbst haben sich eine Anlage angeschaut, die diese heizwertreiche Fraktion verwerten kann, nämlich eine Zementanlage in Brandenburg. Was Sie nicht gesagt haben, der Betreiber hat uns gegenüber jedenfalls geäußert, dass er sehr wohl auch eine weit größere Fraktion an Abfällen dort einsetzen könnte, also nicht nur die heizwertreiche, dass aber die Gesetzeslage ihn dazu zwingt die heizwertreiche Fraktion zu nehmen, auch wenn das für ihn teurer kommt. Und das ist die Crux: Solange für die Industrie diese an sich sinnvolle Art, heizwertreiche Fraktion entsprechend stark einzusetzen, offenbar nicht lukrativ genug ist, solange es - wie Sie selbst festgestellt haben - auf die Ausschreibungen zu wenig oder gar keine Bewerber gibt, geht Ihr Antrag im Prinzip ins Leere. Denn was wäre die Praxis? Wir würden hier beschließen, dass solche Anlagen bevorzugt bei der Förde-

rung zu berücksichtigen sind, wie wir gar nicht wissen, wo wir die Fördergelder auftreiben können. Die Ausschreibungen laufen bereits und wenn dann in den Zweckverbänden die Ausschreibungen bewertet werden, und jemand weist darauf hin, aber liebe Leute, die Landesregierung hat doch gesagt, wir wollen die MBA's bevorzugen, werden Sie Hohngelächter hören, wenn entweder gar keine Angebote kommen oder aber wenn diese Angebote unzureichend oder teurer sind. Deswegen - Frau Becker hat im Prinzip Recht, das kommt etwas spät und es kommt auch vor allem an die falsche Adresse.

Meine Damen, meine Herren, die richtige Adresse ist die Industrie. Wenn, wie dieser eine Betrieb in Brandenburg, es gelungen wäre - muss man ja sagen, weil die Ausschreibungen ja bereits laufen -, dass in Größenordnung potenzielle Nutzer dieser heizwertreichen Fraktion auf den Markt gegangen wären - und das ist eben das Problem, die sind noch nicht da, die Industrie ist da noch zu langsam, noch zu vorsichtig -, dann, Herr Kummer, hätte dieser Antrag Sinn, aber dann bräuchten wir ihn nicht mehr, denn dann wären die Ausschreibungsergebnisse andere. Was ich sehe, ist, dass solche Anlagen in 2. Stufe, und zwar nach 2005, in Größenordnungen auf den Markt drängen werden, dass sie aber jetzt aus meiner Sicht leider diese Situation zu vorsichtig einschätzen. Deshalb, meine Damen und Herren, ist dieser Antrag, der Ihnen von der PDS vorgelegt wird, im 2. Punkt das, was ich immer sage, er ist gut gemeint, nur leider Gottes ist der Unterschied zwischen "gut" und "gut gemeint" mitunter 100 Prozent.

Meine Damen und Herren, ich werde die restlichen Seiten, was Frau Becker betrifft, nicht weiter vortragen, das können wir bilateral machen - es ist leider nicht so viel Sinnvolles von Ihnen gesagt worden, dass es sich lohnt, noch mal darauf einzugehen. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lieberknecht:

Herr Abgeordneter Kummer, Sie bitten noch einmal um das Wort?

Abgeordneter Kummer, PDS:

Ich entschuldige mich auch nicht dafür, dass ich jetzt noch mal vorgehe, aber ich denke, Herr Sonntag hat eine so gute Vorlage geliefert, darauf muss man schon noch mal reagieren.

(Beifall bei der PDS)

Herr Sonntag, das Allererste: Sie haben gesagt, unser Entschließungsantrag wäre unvollständig. Ich kann das jetzt zwar nicht richtig nachvollziehen, inwieweit Sie hier eine Vollständigkeit anstreben wollen, aber warum haben Sie es denn einfach nicht gemacht? Sie hätten doch noch zwei Punkte nachreichen können - das wäre kein Thema

gewesen. Vielleicht hätten wir auch zugestimmt.

(Beifall bei der PDS)

Die nächste Frage: Sie haben gesagt, wir brauchen die kostengünstigste Lösung bei den Anlagen zur Behandlung des Restabfalls für unsere Bürger. Da gebe ich Ihnen Recht.

(Beifall Abg. Becker, SPD)

Aber es ist ein Unterschied zwischen der kostengünstigen Lösung jetzt und der kostengünstigsten Lösung in 20 Jahren. Und wir sollten bitte schön berücksichtigen, dass wir die Anlagen für 20 Jahre bauen. Wenn ich mir mal ansehe, was von unseren Kunststoffen vor 20 Jahren recycelt wurde und was für miese Produkte daraus wurden, die man nicht losgeworden ist, und was heute von Kunststoffen recycelt wird, da ist ein gewaltiger Unterschied. Wenn man sich die Entwicklung ansieht, mit welcher Geschwindigkeit die hier vorangeht in diesem Bereich, dann kann ich mir vorstellen, was in 20 Jahren an Kunststoff noch im Abfall bleiben wird - nämlich gar nichts. Das sollten wir berücksichtigen und das macht die Kostengünstigkeit einer effizienten Anlage aus, die heutzutage geplant wird.

(Beifall bei der PDS; Abg. Becker, SPD)

Nun die Frage zur Förderung: Die Aussage, dass keine Anlagen in ganz Deutschland gefördert werden, stimmt so nicht. Ich war jetzt erst in Mecklenburg, da wurde mir gesagt, dass Mecklenburg nur mechanisch-biologische Anlagen fördert. Auch das ist z.B. eine Aussage,

(Zwischenruf Abg. Seela, CDU:
Von der PDS.)

ja, von dem PDS-Umweltminister.

Die nächste Sache, Herr Sonntag, ist die Frage der Haushaltsrelevanz, weshalb Sie meinten, unserem Punkt 1 nicht zustimmen zu können. Ich möchte ihn noch mal vorlesen: "Die Landesregierung wird aufgefordert, spätestens bis zum Ende des II. Quartals 2002 ein verbindliches Förderkonzept für den Bau von Restabfallbehandlungsanlagen im Freistaat Thüringen vorzulegen, wobei eine Gleichbehandlung unterschiedlicher Eigentümer- und Betreibervarianten zu gewährleisten ist." Sie sollen doch nur ein Förderkonzept vorlegen. Wo ist denn da die Haushaltsrelevanz? Das können Sie sogar im Bereich Ihres Haushalts tun. Aber schaffen Sie doch endlich mal Klarheiten!

(Beifall bei der PDS)

Zur Gleichbehandlung unterschiedlicher Eigentümer: Wir haben eine Anlage, die wird in kommunaler Hand sein, weil es eine VOB gibt in Südthüringen. Wir haben die restlichen Anlagen, das sind Dienstleisterausschreibungen gewesen, die werden in privater Hand sein. Ich bin der Meinung, wir sollten die kommunale Einrichtung und

die privaten Einrichtungen, die in Thüringen entstehen, gleichmäßig behandeln. Entschuldigung - wenn Sie darauf eine andere Sicht haben, dann sollten Sie das hier entsprechend darlegen.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Zu der Frage Fördermittelbedarf: Herr Sonntag, Sie sind schon auf die 87 Mio. € eingegangen, die im Bericht stehen. Hier steht wirklich "Fördermittelbedarf 87 Mio. €, Berechnungsgrundlage 20 Prozent Förderung". Wir haben zurzeit eine gültige Förderrichtlinie für Abfallbehandlungsanlagen.

(Zwischenruf Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt: "Bis zu", vergiss das "bis" nicht.)

Bis zu 60 Prozent sind hier förderfähig. In diesem Bereich kann sich das nach der gegenwärtigen Förderrichtlinie bewegen. Den Verbänden hat man aber gesagt, sie werden die 60 Prozent nicht bekommen.

(Zwischenruf Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt:
Na sicher.)

Nun sagen Sie doch mal, was können sie denn bekommen. Und dann steht hier, wie gesagt, "Fördermittelbedarf: 87 Mio. €", unten drunter: "In der Haushaltsplanung stehen zurzeit für die Förderung abfallwirtschaftlicher Maßnahmen insgesamt 20,5 Mio. € bis 2005 zur Verfügung." Was ist denn mit den restlichen 67 Mio. €, die da zum Fördermittelbedarf noch fehlen? Herr Sonntag, wenn Sie uns das erklären können, wären wir Ihnen sehr dankbar. Ansonsten stimmen Sie unserem Antrag zu, dass wir das klären lassen. Danke schön.

(Beifall bei der PDS)

Präsidentin Lieberknecht:

Es hat sich jetzt gemeldet der Abgeordnete Schugens, CDU-Fraktion.

Abgeordneter Schugens, CDU:

Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren, ich möchte schon noch einmal auf einige Dinge eingehen; Herr Kummer, auf Ihren Antrag und auf Ihre letzten Bemerkungen vielleicht zuerst. Es gibt eine gültige Förderrichtlinie, das haben Sie richtig festgestellt. Mein Kollege Sonntag hat festgestellt, dass wir in einer nicht unkomplizierten Haushaltssituation sein werden. Der Finanzminister hat das erst am gestrigen Tag noch einmal erläutert. Das heißt, wir würden jetzt wirklich einen Vorgriff wagen, wenn wir hier Festlegungen im Sinne Ihres Antrags treffen würden. Deshalb meinen wir, den Antrag jetzt abzulehnen, und wir werden auch bei unserer Meinung bleiben. Zum anderen for-

dem Sie ein verbindliches Förderkonzept, das ist mehr als eine Richtlinie. Ich glaube, es ist in Thüringen nicht notwendig ein Förderkonzept zu erstellen, denn bisher -

(Zwischenruf aus dem Hause)

ja, ja, ich komme noch dazu - war die Förderpolitik im Land Thüringen sehr zielstrebig, das sagt eigentlich der Bericht auch aus. Wenn Sie mal einen Ländervergleich machen -

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD)

Frau Becker, ich komme noch zu Ihnen - mit den anderen Ländern, der Bericht der Landesregierung ergibt das mit, stellen Sie fest, dass andere Länder im Prinzip überhaupt nicht gefördert haben, und das auch mit gutem Recht. Wir haben es im Thüringer Recht auch stehen, Gebühren sind kostendeckend zu nehmen. Bisher hat das Land Thüringen eine vorbildliche Politik in dieser Frage ausgeübt und hat den kommunalen Körperschaften Reserven geschaffen und unseren Bürgern günstige Gebühren ermöglicht. Zu der Deponie zum Beispiel bei Ihnen, Frau Kollegin Becker: Ich muss einfach feststellen, wenn Sie dort ein Deponieproblem haben, dann ist das wahrscheinlich auf der kommunalen Ebene produziert worden und da können Sie doch nicht der Landesregierung den Vorwurf machen, dass sie die Rahmenbedingungen nicht geschaffen hat. Die Rahmenbedingungen waren für alle Körperschaften in Thüringen gleich.

(Beifall bei der CDU)

Jeder konnte Fördermöglichkeiten in Anspruch nehmen, das ist sehr unterschiedlich gemacht worden.

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Das ist doch Unsinn ..., der Zweckverband ...)

Jeder hatte die Planungshoheit und hat sie heute noch und soll sie auch behalten, die Anlagen selbst zu planen in der notwendigen Weise, wie sie gebraucht werden. Zweitens, in dem Zusammenhang muss ich natürlich meine Ausschreibung sehen. Wenn ich weiß, dass die Deponie nicht verfüllt ist, dann muss ich doch die Ausschreibung so gestalten, dass die Deponie einbezogen wird. Das ist doch nicht Sache des Landtags oder der Landesregierung, sondern eindeutig in der Zuständigkeit Ihrer Körperschaft. Prüfen Sie dort nach, wirken Sie dort mit, dann haben Sie Ihre Chance, verdrehen Sie die Dinge nicht.

(Beifall bei der CDU)

Zu der mechanisch-biologischen Anlage, wie sie im Antrag gefordert wird, diese besonders zu befördern, Herr Kummer, ich glaube, das wäre völlig falsch. Erstens sind durch die Verordnungen, die im letzten Jahr gekommen sind, alle Anlagen gleichgestellt, die thermischen wie die biologischen, das wissen Sie. Das heißt auch, finanziell

sind sie gleichgezogen, bisher wurde ja von den Verfechtern der MBA gesagt, sie ist wesentlich billiger, als die thermische Behandlung, also wozu dann noch eine Bevorzugung in diesem Sinne. Das ist einfach unnötig und nicht möglich. Zum anderen hätte ich mir vorstellen können, dass die kommunalen Körperschaften bei ihren Ausschreibungen, bei ihren Zielplanungen mit ihrem eigenen Abfallwirtschaftskonzept Infrastruktur hätten gestalten können, nur, sie haben es zum Teil nicht gemacht. Das ist in verschiedenen Planungsregionen das Problem, dass am Ende vielleicht der Abfall abwandert und wir die Wertschöpfung nicht im Raum haben. Aber das müssen die kommunalen Körperschaften verantworten.

Zum Bericht der Landesregierung: Ich möchte feststellen und der Landesregierung auch danken, sie hat einen guten Bericht geliefert. Der bietet uns für die Arbeit in den nächsten Wochen auf 2005 hin schon eine gute Grundlage im Ausschuss, im Landtag und auch draußen bei den Körperschaften. Ich meine aber, dass die Körperschaften sich selber noch etwas bewegen müssen in dem Spielraum, den sie im Bereich ihrer Ausschreibung haben, und der ist schon sehr eingeeengt. Drei Körperschaften haben sich mit ihrer Ausschreibung festgelegt, nur die Mitte Thüringens hat das noch nicht. Alle anderen können gar nicht mehr groß ausweichen. Sie müssen ihre Ausschreibung, so wie sie europaweit getätigt wurde, berücksichtigen und abarbeiten, da gibt es keine Manöver mehr mit Geld rein und raus. Es gibt nur bei den Körperschaften zwei Möglichkeiten, künftig Abfallwirtschaft wirtschaftlich und kostengünstig zu gestalten. Das sind die Bereiche Verwaltung, Logistik und vorbereitende Maßnahmen, die in dem Zusammenhang stehen, betreffend Abfälle, die nicht in die Restabfallkonzeption hineingehören. Das sind solche, die gleich abgelagert werden können, die einer Verwertung zugeführt werden und dergleichen.

Frau Becker, noch einmal zu Ihnen. Müllverbrennung in Südhüringen: Sie haben also mehrere Pressemitteilungen herausgegeben - 10. April, 14. Mai -, Sie sprechen sich dagegen aus.

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD:
Hier sitze ich.)

Es ist für mich schon erstaunlich; einerseits fordern Sie, dass Planungssicherheiten geschaffen werden, Sie machen dem Minister den Vorwurf, er hätte nicht genügend Rahmenbedingungen geschaffen, er hätte nicht die Doktrin von oben gebracht; hat sich eine solche Region gefunden, hat einen Standort gefunden in einem sehr komplizierten Verfahren, dann treten Sie dem entgegen und wollen dies absprechen. Erstens haben Sie gar keine Möglichkeiten, dort Einfluss zu nehmen; zweitens, weder die Landesregierung, noch wir als Landtag, noch Sie persönlich. Drittens hat sich diese Planungsregion sehr wohl durchdacht, welchen Weg sie geht. Sie hat in einem sehr komplizierten Verfahren recherchiert, Untersuchungen angestellt, Informationen eingeholt, Konzepte erstellt, am Ende die Planung und die

Genehmigung eingeleitet und die Ausschreibung dementsprechend vorbereitet und wird sie auch umsetzen. Man kann dieser Region eigentlich nur Glück wünschen zu dieser Vorgehensweise. Ich bin der Meinung, dass diese Region sich eine gute Situation - Infrastruktur plus Wertschöpfung - schafft und damit Arbeitsplätze sichert.

(Beifall bei der CDU)

Frau Becker, erzählen Sie doch nur nicht immer, dass die Müllverbrennungsanlage etwas ganz Gefährliches ist. Ich will Ihnen einmal etwas Gegenteiliges sagen.

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Das ist ganz gefährlich. Das glauben Sie nicht, das ist das Problem.)

Präsidentin Lieberknecht:

Frau Abgeordnete Becker, haben Sie eine Frage, dann gehen Sie an das Mikrofon.

Abgeordneter Schugens, CDU:

Frau Becker, ich will Ihnen dazu Folgendes sagen: Wir waren erst vor wenigen Tagen in der Müllverbrennungsanlage Wessel, die dürfte Ihnen bekannt sein. Ein Kollege Ihrer Partei - eigentlich ein sehr gestandener Mann, der die Anlage gut führt - hatte jahrelang Probleme mit der Auslastung. Die Auslastung ist jetzt in Ordnung. Nur, wissen Sie, was er für ein Beispiel anführt - und das hat mich eigentlich sehr gefreut -, er sagt: Wenn einer ein Malfener verbrennt, 5 x 5 x 5 Meter, dann bringt er Hundertmal so viel Dioxin und Schadstoffe in die Luft wie eine Müllverbrennungsanlage. Darüber redet überhaupt keiner. Wissen Sie denn überhaupt, Frau Becker, was eigentlich aus einer MBA alles für Substanzen ausgasen, welche Probleme jetzt existieren, um diese MBAs nach der neuen Verordnung in den Griff zu bekommen? Es gibt in Thüringen eine MBA, wissen Sie, was das an Nachrüstung kostet? Meinen Sie, dass die billiger und günstiger ist? Wir werden die gleichen Kosten haben wie in der Thermik. Also, was soll dieses ganze Manöver? Frau Becker, übrigens, Sie erinnern sich sicher noch an "das bessere Müllkonzept", was Sie da mal vorgeschlagen haben? Es ist völlig untergetaucht, es wird nicht umgesetzt, es wird von Ihnen nicht mehr verfolgt. Vielleicht wäre es ja eine Lösung gewesen, aber nicht eine einzige Körperschaft in Thüringen hat es aufgegriffen. Mir macht Sorgen - ich will gern noch einmal betonen -, was der Kollege Sonntag sagt, dass in unserem Nachbarland Sachsen-Anhalt erst lange nichts getan wird und jetzt acht Anträge auf Genehmigung einer Müllverbrennung in Größenordnungen von je 300.000 Jahrestonnen existieren. Drei sind mittlerweile beschieden, genehmigt. Das heißt, diese Überkapazität wird uns beeinflussen in Thüringen und ich hoffe nur, dass die kommunalen Körperschaften sich nicht leichtfertig irgendwo in Abhängigkeiten bringen, die keine Entsorgungssicherheit über einen gewissen Zeitraum bringen.

(Beifall bei der CDU)

Das kann Kosten verursachen. Ich muss Ihnen eindeutig sagen, es ist die Frage zu stellen: Wie lange bindet man sich? Abschreibungsfristen spielen eine wichtige Rolle und eine Anlage wird in der Regel nach 10 bis 15 Jahren abgeschrieben. Wenn sie 20 Jahre genutzt wird, ist es zum Vorteil. Dies ist zu berücksichtigen. Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, dass wir diesen Bericht der Landesregierung im Ausschuss weiterberaten, und ich bitte Sie herzlich, die Vorlage der PDS nicht anzunehmen. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lieberknecht:

Herr Abgeordneter Schugens, beantworten Sie noch eine Frage des Abgeordneten Kummer? So, bitte Herr Kummer.

Abgeordneter Kummer, PDS:

Herr Schugens, Sie haben gesagt, Sie lehnen unsere Forderung nach einem verbindlichen Förderkonzept ab, weil Sie dem Haushalt nicht vorgreifen möchten. Ich wollte in dem Zusammenhang fragen: Wie sehen Sie die Problemlage, wenn im Herbst die Ausschreibungen beendet sind und noch in diesem Jahr die Vergabe erfolgt, weil man ja zeitlich unter Druck geraten ist, wenn man noch selber bauen will? Diese Anlagen könnten ja dann nach einem nach dem neuen Haushalt veröffentlichten Förderkonzept nicht mehr gefördert werden.

Abgeordneter Schugens, CDU:

Ich gebe Ihnen gern eine Antwort: Erstens, wenn Sie den Bericht der Landesregierung anschauen, sind die Förderbereiche in vier Teile eingeteilt, das ist die Deponierekultivierung, wo wir zum Teil Probleme haben mit den Rücklagen. Das liegt aber an den kommunalen Körperschaften, die sie gestalten, denn wir haben das Gesetz so geändert, so dass die kommunalen Körperschaften das einholen und korrigieren können. Da ist schon die Frage, ob man dort weiter fördern muss und wie hoch, das werden wir uns überlegen müssen.

Der zweite Posten sind dann Übernahme von Deponien, Restabfallbehandlung. Ich denke, das ist im Wesentlichen gelaufen und organisiert in Thüringen.

Die dritte Position, Errichtung Restabfallbehandlungsanlagen: Das wäre das Novum, wenn wir als Thüringer diese fördern würden, denn im Ländervergleich stellen Sie fest, dass kein einziges Land eine solche Förderung vorgenommen hat und noch vorsieht. Also bleibt die Frage: Ist es notwendig? Und notwendig scheint es nicht zu sein, denn Sie haben ja in einem der letzten Berichte der Landesregierung gehört, welchen geringen Einfluss eine Förderung auf die Restabfallbehandlung hat, wenn Sie davon ausgehen, dass ein Bürger maximal 200 kg produziert und

die Kosten am Ende bei 100 oder 110 € liegen. Das ist verschwindend klein, wird kaum einen Einfluss nehmen, das sagen Ihnen auch die Körperschaften draußen selbst. Natürlich wäre es schön, das mitzunehmen im Sinne einer Infrastruktur, muss aber durchgereicht werden für den Gewerbebereich. Und das ist die Kompliziertheit, das werden wir in Rudolstadt produzieren und praktizieren. Das wird an anderen Standorten nicht mehr gehen, weil die Ausschreibungen durch sind.

Zur Ausschreibung: Es gibt Zweckverbände, die in ihrer Ausschreibung eine solche Möglichkeit der steuerrechtlichen oder förderrechtlichen Bevorteilung nutzen, indem diese durchgereicht werden muss als Ergebnis der Kosten oder der Gebühren. Es gibt andere, die haben es gar nicht berücksichtigt, können dies gar nicht mehr berücksichtigen, und es gibt solche, die die Anlage schon von sich aus sowieso nicht in Thüringen bauen wollen - Frau Becker hat darauf hingewiesen -, da haben Sie überhaupt keine Möglichkeit, Einfluss zu nehmen. Das also zu Posten drei.

Zu Posten vier, Errichtung von Umlagestationen: Dazu hat sich die Landesregierung auch mit ihrer Förderrichtlinie bekannt, das wird auch bleiben. Deshalb ist die Zahl 87 Mio. in der Art und Weise infrage zu stellen, wie können wir es gestalten, finanziell untersetzen? Und zweitens: Was ist überhaupt notwendig? Denn diese Angaben sind nach Abfragungen von den Zweckverbänden erst einmal oberflächlich bestimmt worden, darin sind keine Unterlagen über Planungen, Recherchen, über Kosten im Detail enthalten. Deshalb kann man darüber zu gegebener Zeit reden und lassen Sie uns die Haushaltsgestaltung erst vorwegnehmen. Danke.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lieberknecht:

Es hat jetzt das Wort Herr Minister Dr. Sklenar.

Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, es ist sehr viel gesagt worden zu der ganzen Problematik. Es ist bedauert worden, dass nichts Neues hier gesagt worden ist. Herr Kummer, wenn einer fleißig arbeitet - und unsere Restabfallzweckverbände arbeiten fleißig -, da kann auch nichts Neues kommen. Was soll Neues kommen? Der Bund bringt nichts Neues, da sind wir auf dem Stand von 2001 zu dem, was damals vom Bund zu der ganzen Geschichte gesagt worden ist. Wir hätten uns gewünscht, dass wir etwas mehr Rechtssicherheit auf diesem Gebiet für die kommunalen Abfallzweckverbände, für die kommunalen öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger in dieser Richtung auch erhalten. Das ist bis jetzt nicht erfolgt. Man sträubt sich etwas dagegen, hier eine Veränderung im Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz vorzunehmen. Das wäre aus unserer Sicht unbedingt

notwendig, dass wir wirklich eine Stärkung der kommunalen Aufgabenträger dann auch durchsetzen können. Leider wird es nicht passieren. Ich kann Ihnen nur so viel sagen: Bei den drei Restabfallzweckverbände, die ihre Ausschreibungen gemacht haben, läuft alles planmäßig. Wir werden, so wie das hier gesagt worden ist, im Herbst das Ergebnis haben.

Was Mittelthüringen betrifft, glaube ich, ist alles versucht worden, was irgendwie geht. Was natürlich nicht versucht worden ist, hier über Zwang und mit Zwangsmaßnahmen diese einzelnen öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger zusammenzutrommeln. Das wäre auch nicht richtig, ich denke, die Lage hat sich auch hier etwas entspannt. Erfurt war von Anfang an dafür, etwas allein zu machen auf dem Gebiet. Bitte schön, Sie halten sich aber offen, dass andere zutreten können. Ich weiß aus den Gesprächen, die wir führen, dass es eine ganze Reihe von Anfragen gibt, sowohl der Weimarer Raum als auch der Ilm-Kreis, der Sömmerdaer Raum sind also immer miteinander im Gespräch. Der einzige, der mir gegenwärtig noch Sorge bereitet, ist der Gothaer Raum. Aber auch hier weiß ich, dass es Gespräche sowohl nach Südhüringen als auch nach Mittelthüringen, also nach Erfurt, gibt. Wir sind auf einem guten Weg, denn wir haben rechtzeitig auf den Termin 01.06.2005 hingewiesen. Ich darf vielleicht hier noch einmal darauf hinweisen: Wir haben 1999 die Bundesregierung gebeten, uns klar zu sagen, was nach 2005 wird, denn damals schwirrte ja auch hier in diesem Auditorium immer noch so der Gedanke im Kopf herum, wir könnten mit Ausnahmegenehmigungen noch weiter operieren. Das ist nicht der Fall.

Und da bin ich bei den Deponien, Frau Becker. Ich habe noch einmal nachgesehen: 18 Deponien haben wir; nach 2005 werden wir noch 12 haben. Diese werden dann im Laufe der Zeit - so wie die Materialien, die noch anfallen, und es fallen ja neben den Restabfällen aus der Restabfallverwertung noch eine Reihe anderer Abfälle an, die auf diese Deponien gebracht werden - nach und nach auch geschlossen werden. Wir können heute schon sagen, dass wir nach dem Jahr 2005 noch für zehn Jahre genügend Deponieraum haben. Natürlich, das gebe ich gern zu, ist es sehr ärgerlich, dass die neue Förderkonzeption noch nicht fertig ist, dass die hier noch nicht vorliegt, aber auch hier kann uns keiner sagen, dass wir mit den Verbänden in dieser Richtung nicht gesprochen haben. Die Verbände wissen, dass, wenn eine Förderung kommt, maximal 20 Prozent zu erreichen sind; darauf haben wir orientiert. Und ich muss das auch noch einmal sagen, ich verstehe das nicht mit der Förderung, wir wollen ja gern alles tun und machen, was geht, aber wir haben uns bei den angrenzenden Ländern umgehört, wie die Förderung dort gehandhabt wird. Wir haben in Niedersachsen, in Hessen, in Sachsen, in Bayern und in Sachsen-Anhalt nachgefragt. Und da kommt ganz klar und deutlich zum Ausdruck, dass in keinem der Länder gefördert wird, was die Restabfallbehandlungsanlagen betrifft. In Sachsen sollen die Deponiestilllegungen mit EFRE-Mitteln gefördert werden. In keinem der anderen Länder ist uns - weder bei Deponieschließungen oder bei

der Förderung zu Deponieschließungen noch für neue Anlagen - eine Förderung in dieser Richtung bekannt. Und wir reden und diskutieren hier darum, dass daran das ganze Seelenheil hängt. Ich denke, wenn das in anderen Ländern geht und wir hier in Thüringen sagen, wir versuchen eine Förderung bis 20 Prozent, kommen wir ein ganzes Stück in dieser Richtung weiter.

(Beifall Abg. Schugens, CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Förderrichtlinie wird in der nächsten Zeit fertig werden. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, ich habe mich aufgrund der unklaren rechtlichen Lage, die wir insgesamt und immer noch haben, etwas gescheut, sie herauszugeben. Und wenn wir uns anschauen, wie die Ergebnisse der Steuerschätzung aussehen - daran kommt auch keiner vorbei -, ist es dann schon fraglich, was wir uns dann noch leisten können oder was wir uns in dieser Richtung dann noch leisten wollen. So viel dazu.

Nun noch ein Wort zu dem Entschließungsantrag: Eine unterschiedliche Förderung zwischen MBA und Verbrennungsanlagen wird es sicherlich nicht geben und kann es auch nicht geben, weil ja gleichgezogen worden ist, dass sowohl die Parameter für Verbrennungs- als auch für mechanisch-biologische Anlagen gleich sind. Aus welchem Grund soll ich jetzt die MBA bevorzugen, denn ich brauche ja dann für die heizwertreiche Fraktion nach wie vor noch eine Möglichkeit, sie zu verwerten.

Da Sie, Herr Kummer, immer darauf abgehoben haben, dass wir ja die Wertschöpfung und die Arbeitsplätze hier halten wollen, müsste ich also dann trotzdem noch eine Verbrennungsanlage hier errichten. Unser Ziel, und das scheinen einige auch vergessen zu haben, ich habe immer betont, wenn es um die Fragen Abfall ging, an erster Stelle steht für uns die Vermeidung. Und da ist jeder Einzelne aufgefordert, da brauche ich keine großartigen Verordnungen oder Erlasse in diese Richtung zu machen. Jeder ist selbst verantwortlich dafür, ob er sich die Brötchen oder das Brot dreimal einpacken lässt oder aber einen Stoffbeutel mitnimmt, um darin die Nahrungsmittel nach Hause zu tragen. Nur mal um ein Beispiel in dieser Richtung zu nennen.

Was die Ausschreibung betrifft, ist zu sagen, wir werden im Herbst dementsprechend die Ergebnisse auf dem Tisch haben und dann wird entschieden, welches Verfahren gewählt wird und, ich denke, die Restabfallzweckverbände, die wir geschaffen haben, leisten eine gute und verantwortungsvolle Arbeit und die wissen schon, wo es hingehen soll. Da brauchen wir keine zusätzlichen Vorschriften oder ihnen vorschreiben zu wollen, was sie zu tun und zu lassen haben. Wir werden unseren Part, der uns zusteht als Landesregierung, erfüllen. Davon können Sie sicher ausgehen. Ich denke, meine sehr verehrten Damen und Herren, dieser Entschließungsantrag ist ganz einfach nicht notwendig, weil kontinuierlich gearbeitet wird und kontinuier-

lich das abgearbeitet wird, was notwendig ist. Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lieberknecht:

Weitere Redemeldungen sehe ich nicht. Ich kann damit die Aussprache schließen. Es ist aber Fortberatung im Ausschuss für Naturschutz und Umwelt beantragt. Dann lasse ich zunächst darüber abstimmen. Wer mit dieser Fortberatung einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. Das sieht sehr einmütig aus. Gegenstimmen? Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? Auch nicht. Dann einstimmig so beschlossen.

Jetzt haben wir noch zu entscheiden über den Entschließungsantrag der Fraktion der PDS in Drucksache 3/2377. Dazu war namentliche Abstimmung angekündigt.

Abgeordnete Nitzpon, PDS:

Ja, getrennt zu den Punkten 1 und 2 und beide Male namentlich.

Präsidentin Lieberknecht:

Also, wir werden zwei Abstimmungen vornehmen, zu Punkt 1 und dann zu Punkt 2. Dann lasse ich zunächst namentlich abstimmen über den Punkt 1 des Entschließungsantrags. Ich bitte einzusammeln.

Sind alle Stimmkarten eingesammelt? Haben alle ihre Karte abgegeben? Wenn das der Fall ist, dann schließe ich die Abstimmung und bitte mit dem Auszählen zu beginnen.

Das Ergebnis liegt vor. Es wurden 74 Stimmen abgegeben. Für den Punkt 1 des Entschließungsantrags stimmten 31 Abgeordnete, mit Nein 43. Es gab keine Enthaltung (namentliche Abstimmung siehe Anlage 1). Damit wurde diese Ziffer abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur namentlichen Abstimmung über den Punkt 2 der Entschließung.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Hatte jeder die Gelegenheit seine Stimme abzugeben? Das ist so. Dann bitte ich um die Auszählung.

Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Punkt 2 des Entschließungsantrags bekannt. Es wurden 75 Stimmen abgegeben. Mit Ja haben gestimmt 33, mit Nein 42 (namentliche Abstimmung siehe Anlage 2). Damit ist der Antrag abgelehnt. Ich schließe den Tagesordnungspunkt 13.

Ich komme zum Aufruf des **Tagesordnungspunkts 14**

**"Stadtumbau und Baukultur
in Thüringen"**

**Beratung der Großen Anfrage
der Fraktion der SPD und Ant-
wort der Landesregierung
- Drucksachen 3/1918/2275 -
auf Antrag der Fraktion der SPD**

dazu: Unterrichtung durch die Präsi-
dentin des Landtags
- Drucksache 3/2428 -

Ich eröffne die Beratung und rufe als ersten Redner den Abgeordneten Wetzels, CDU-Fraktion, auf.

Abgeordneter Wetzels, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, in der Drucksache 3/2275 liegt uns die Antwort auf die Große Anfrage der SPD-Fraktion in der Drucksache 3/1918 zum Thema "Stadtumbau und Baukultur in Thüringen" vor.

Meine Damen und Herren, ich habe mir lange überlegt, was wohl der Grund für diese Große Anfrage gewesen sein mag. Wahrscheinlich auch eventuell zu hinterfragen, wie viel Mitschuld man an den Leerständen durch den Bau von 10.000 Sozialwohnungen auf der grünen Wiese mitträgt oder ob man dem Land noch hier und da ein paar gute Ratschläge mit auf den Weg geben müsste und welche. Ich denke, seit gestern, seitdem der Wirtschaftsminister Ratschläge mit auf den Weg zwischen Erfurt und Berlin gegeben hat, war mir klar, wofür die vielen Fragen sind. Man will mit den Antworten und den Erkenntnissen daraus sicherlich der Bundesregierung Informationen zukommen lassen, um sie fit zu machen, dass sie nicht länger von Sachsen und Thüringen in dieser Frage vorhergetrieben werden. Es ist auch peinlich, wenn man von zwei solchen Bundesländern immer vor sich hergetrieben wird zu handeln.

Da meine ich z.B., ob das nun das Altschuldenhilfegesetz § 6 a ist, bei dem man sehr kurz gesprungen ist, wo man Firmen, Wohnungsunternehmen, die 15 Prozent Leerstand haben, die Möglichkeit der Entschuldung gibt. Was ist bei denen, die nur 5 Prozent Leerstand haben und auch kurz vor der Illiquidität stehen? Selbst wenn so die Dinge liegen, die da sicherlich eine Rolle spielen.

Aber, meine Damen und Herren, Stadtumbau - denke ich - ist so alt, wie die Menschheit Städte baut. Naturkatastrophen, Brandkatastrophen, Kriege und da meine ich - wie Troja, Karthago oder Dresden - die Älteren unter uns, die sich sicherlich noch an die letzten beiden Stadtumbauten erinnern können. Der erste von beiden war eben das Ende dieses unsäglichen Krieges und die Älteren von uns können sich an die Ruinen erinnern, wo letztmalig in Deutschland Ruinen mit Waffen geschaffen wurden. Alle, die hier sitzen - denke ich -, können sich an die zweite

Version erinnern, die in bester Erinnerung haften geblieben sein dürfte, nämlich Stadtumbau Ruinen schaffen ohne Waffen. Das war bis 1989.

Wir stehen heute im Prinzip davor, wertvolle Altstadtteile, die dahingesunken wären, wieder fit zu machen, wieder schön zu machen. Gott sei Dank war der Teil Thüringens in der DDR-Zeit davon nicht so betroffen wie vergleichbar andere Regionen innerhalb des Territoriums dieser DDR. Die seit 1990 begonnene Stadtsanierung zeigt nun mittlerweile wunderschöne Erfolge unserer Altstädte.

Dieter Althaus hat auf dem Stadtumbauforum unserer Fraktion am 1. März auch ebenfalls darauf hingewiesen, ich darf zitieren, Frau Präsidentin, danke: "Die politische Wende hat glücklicherweise wertvolle historische Bausubstanz vor dem Abriss bewahrt. Die Sanierung der Stadtkerne schreitet seither erfolgreich voran. Ein Pfund, um das uns im Übrigen viele westdeutsche Besucher beneiden." Natürlich, meine Damen und Herren, kann man sich um dieses und jenes baukulturelle Ereignis streiten. Aber ich denke, dass uns in Thüringen so mancher Übergang von Moderne und Altem bestens gelungen ist.

Meine Damen und Herren, weil die Bundesregierung den Stadtumbau Ost als eigene Erfindung verkaufen will und das Ganze als Null-Summen-Spiel verkauft, dann kann man denjenigen, der das tut, nicht feiern. Der Bund wurde von den Ländern, speziell von Thüringen und Sachsen, zur Bildung einer Expertenkommission förmlich getrieben. Was dabei herauskam, war natürlich sicherlich ein machbarer Kompromiss. Doch die Dummen können und dürfen nicht Länder und Kommunen allein sein.

Über 1 Mio. Wohnungseinheiten in Ostdeutschland stehen leer. Es sind nun auch in Thüringen über 110.000 Wohneinheiten, die leer stehen, und wir gehen gefördertem Abriss in den nächsten neun Jahren entgegen. 350.000 Wohneinheiten sollen insgesamt in Ostdeutschland mit dem vom Bund aufgelegten Programm, komplementiert von Ländern und Kommunen, vom Markt genommen werden. Was bleibt dann übrig? Nämlich 650.000 Wohneinheiten. Was soll damit geschehen? Im Bundestagswahljahr, meine Damen und Herren, muss man die Bundesregierung schon fragen, ob es das war oder ob es weitergehen wird. Ich denke, wir können unsere Städte nicht damit erhalten, wenn wir eine künstlich globale Völkerwanderung erzeugen und sagen "Kommet her zu uns alle, wir haben leer stehende Wohnungen", wenn dazu der Arbeitsmarkt fehlt. Das Gerede vom "lasst die Wohnungen zu und wartet erst mal ab, wer da eventuell wieder einzieht", das ist wohl völliger Blödsinn.

Das jetzt nach langem Drängen Begonnene muss fortgeführt werden und wenn eben noch einmal 1 Mrd. € in die Hand zu nehmen wäre, dann muss man das eben tun. Seit 1991 hat Thüringen einen konsequenten Stadtumbau getragen. Es begann mit der Stadtreparatur und geht nun aber in eine stürmische Phase des Stadtumbaus weiter.

Wenn ich von stürmischer Phase spreche, meine Damen und Herren, dann meine ich die vorausgesagte demoskopische Entwicklung Thüringens von minus 0,4 Prozent jährlichen Einwohnerschwunds durch Wegzug. Aber ich darf auch hier den Ministerpräsidenten aus der letzten Regierungserklärung zitieren: "Eine Zahl, die es nicht zu dramatisieren gilt, meine Damen und Herren, aber ernst zu nehmen ist." Er hat Recht damit. Denn ich denke, was hohe politische Würdenträger unseres Landes zum Neujahrsgruß 2001 mit Angstrufen und mit Jammern ausgelöst haben statt mit Visionen verkleidet, kann man nicht 15 bis 16 Monate später mit der Schlagzeile abtun, dass die Ossis endlich aufhören sollen zu jammern.

Der Wohnungsbedarf ist nicht mehr gegeben, das ist richtig. Deshalb sollte man jetzt einen generellen Schnitt und Schritt tun - lieber ein Ende mit Schmerzen als ein Schmerz ohne Ende. Ziel muss es sein, unsere Wohngegenden müssen wieder zu einer guten Adresse werden. Allerdings müssen wir vorher integrierte Stadtentwicklungskonzeptionen entwickeln, um die historische Entwicklung aufzuarbeiten und ein reales Bild unserer Thüringer Kommunen zu schaffen. Unsere Antwort kann nur lauten, keine Chaostheorien zu verbreiten, Erkennen der Situation, Mut machen zum Umsteuern und neue Ordnung in unseren Kommunen schaffen. Wir müssen von hier aus eine Debatte führen, meine Damen und Herren, wie wir unter regionalisierten Aspekten mit Förderung und Programmen umgehen, um lebendige Regionen mit aktiven Bürgern zu erhalten. Wir müssen dem Verlust von Wirtschafts- und Kaufkraft Einhalt gebieten. Dieser Prozess wird alle Beteiligten einschließen müssen, wenn er erfolgreich sein soll. Althergebrachte Arbeitsweltwerte von ganzen Berufsständen, meine Damen und Herren, werden zu überdenken sein. Lieb gewonnene Wertvorstellungen gilt es dabei sicherlich abzulegen, wenn wir in diesem Prozess als Sieger bestehen wollen. Eingeschlagene politische, bundespolitische Wirtschaftsstrategien können so nicht zum Erfolg führen. Solche Wege, meine Damen und Herren, führen eher zu Verhältnissen einer früheren DDR.

Thüringen ist auf einem guten Weg im Bereich des Stadtumbaus, des Wohnungsbaus und der Stadtentwicklung. Es war immer CDU-Fraktionsmeinung, dass das nicht ohne die Mitwirkung privaten Kapitals und privater Eigentümer funktionieren kann. Der sozialste Wohnungsbau, meine Damen und Herren, ist - global sicherlich bewiesen - immer noch der private Wohnungsbau. Nur durch den Schutz des Eigentums, des Tragens, Haltens und Vermehrens von Eigentum werden auch künftig gute, bezahlbare Wohnmietbedingungen für unsere Bürgerinnen und Bürger entstehen.

Das alles, meine Damen und Herren, ist auf dem Weg und Hindernisse müssen dabei aus dem Weg geräumt werden. Die Wirtschaft wartet darauf. Ich betone nur die Jahrestagung des RDM, dessen Mitglieder in den letzten Wochen und Monaten hier in Erfurt deutlich und klar auf dem wohnungspolitischen Forum der CDU gefordert haben,

negatives Denken und Visionslosigkeit auf diesem Wege endlich abzulegen. Ich fand es gut, dass gerade von dieser Seite auch einmal gesagt wurde, beim Wintersport haben wir bewiesen, dass wir Visionen haben, beweisen wir es doch auch da. Denn nur Abriss und Rückbau, das kann wohl nicht der einfache und allein selig machende Weg sein, sondern die Formel heißt eigentlich Sanierung.

Bisher ist es von 42 Kommunen beantragt, da kann das Ganze noch nicht aufhören. Dieser Prozess muss sich eigentlich auch in allen anderen Thüringer Kommunen fortsetzen. Da gilt es, die Spekulationsfrist, die von fünf auf zehn Jahre erhöht wurde, wieder zu lösen und wieder auf fünf Jahre zurückzunehmen, denn mittlerweile ist dies eine Hemmschwelle in der Investitionskraft unseres Freistaats. Da geht es darum, dass die Stadtzentren Eigenheimbauinitiative bedürfen, billigeres Bauland ist gefragt. Umweltfreundliches am Bau, Kinder- und Familienförderung und die Altersvorsorge aus einem Topf. Thüringen muss sich wohl auch weiter bei der Schaffung von besseren Rahmenbedingungen auf Bundesebene zusammen mit Sachsen stark machen. Es geht auch um weniger Staat im Bau. Das heißt nicht zuletzt auch weniger Stadt. Denn Kommunen weiter als alleinige Bauherren, meine Damen und Herren, das kann für Thüringen nicht der richtige Weg in die Zukunft sein.

Wie der Fraktionsvorsitzende ebenfalls auf dem wohnungspolitischen Forum ausführte, Frau Präsidentin, ich darf zitieren: "Deshalb haben wir im Landeshaushalt 2001 und 2002 einen Paradigmenwechsel auch eingeleitet. Wir haben ein Wohnungsmarktstabilisierungsprogramm aufgelegt. Konkrete Zukunftsplanungen unserer Städte werden durch die Integration und integrierte Stadtentwicklung ermöglicht." Meine Damen und Herren, das Ziel sind urbanisierte Thüringer Innenstädte und nur Politik und Wirtschaft gemeinsam können diesen Prozess positiv bewältigen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die PDS-Fraktion hat sich Frau Abgeordnete Sedlacik zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Sedlacik, PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich möchte weder über Ruinen noch über Waffen sprechen, ich möchte über die Menschen sprechen, die bereit sind, einiges zu verändern, damit das Leben hier in Thüringen lebenswerter wird.

(Beifall bei der PDS)

Denn, sehr geehrte Abgeordnete, der Stadtumbau ist die Herausforderung für die Thüringer Wohnungswirtschaft, für die Thüringer Kommunen. Die Notwendigkeit des

Stadtumbaus ergibt sich in erster Linie aus dem strukturellen Wohnungsleerstand. Aber es gibt auch andere Ursachen, so u.a. Entwicklungen in der technischen Infrastruktur, im Verkehrswesen und natürlich auch im Wandel der Lebensbedürfnisse unserer Menschen.

(Beifall bei der PDS)

Ich will hier auf den Zusammenhang zwischen strukturellem Wohnungsleerstand und Stadtumbau eingehen, weil es auch der Kernpunkt der Großen Anfrage der SPD-Fraktion ist. Über den strukturellen Wohnungsleerstand debatiert der Landtag bereits seit mehreren Jahren. Die PDS-Fraktion hatte hierzu immer wieder Anträge gestellt und auch Aktuelle Stunden beantragt. Schließlich möchte ich auf eine Vielzahl Mündlicher und Kleiner Anfragen zu diesem Thema verweisen. In der Großen Anfrage sind nochmals eine Vielzahl von Einzelfragen zusammengefasst, die ein Bild über die Entwicklung der Wohnungswirtschaft in unserem Freistaat geben. Insofern ist diese Große Anfrage eigentlich hilfreich, eine bisherige Entwicklung zu bewerten und die notwendigen Maßnahmen zu diskutieren. Leider werden aber die Antworten der Landesregierung in ihrer Gesamtheit diesem Anspruch nicht in gleicher Art und Weise gerecht. Ich werde im Folgenden dazu konkreter werden.

Vor wenigen Tagen in Suhl, alle drei wohnungspolitischen Sprecher nahmen daran teil, war der Tag der Wohnungswirtschaft, aber auch in Saalfeld vor wenigen Tagen der Tag der Mieter. In beiden Veranstaltungen standen Fragen des Wohnungsbaus im Mittelpunkt. Bereits dies macht für uns deutlich, welche Bedeutung der Stadtumbau in der politischen Diskussion zurzeit einnimmt. Den Standpunkt unserer Fraktion möchte ich nochmals auf einen Punkt bringen. Der strukturelle Leerstand ist nicht durch die Wohnungswirtschaft zu verantworten. Die Ursachen für den Wohnungsleerstand liegen woanders, aber die Wohnungswirtschaft, die Städte, die Kommunen müssen die Folgen des Wohnungsleerstands am unmittelbarsten tragen. Eine Hauptursache des Wohnungsleerstands ist die desolate wirtschaftliche Situation in unserem Land und es gibt ausreichend Arbeit, aber für die Menschen keine Perspektiven im Freistaat.

(Beifall bei der PDS)

Ich erinnere an die gestrige Diskussion. Wir müssen alles tun, jungen Menschen in Thüringen eine Perspektive zu geben, dass sie hier bleiben, dass sie wiederkommen. Das war gestern einhelliger Tenor in diesem Haus. Leider hat es die Landesregierung versäumt, in ihrer Antwort konkreter auf die Ursachen einzugehen. Sie hat diese Ursachen nicht einmal benannt. Wer aber Ursachen nicht erkennt und sie nicht beim Namen nennt, der wird Schwierigkeiten haben, die richtigen Konzepte zur Ursachenbeseitigung auf den Weg zu bringen, und wird sich damit begnügen müssen, an Erscheinungen herumzudoktern - um bei dem Bild des Ministers für Wirtschaft von gestern zu

bleiben, wie er uns doch an Hand des Chirurgen deutlich machte, wie man an Erscheinungen herumdoktert.

Die Menschen wandern ab, sie verlassen Thüringen - und dies auf Dauer. Zur bisherigen Politik im Freistaat findet eine Abstimmung mit den Füßen statt. Deutlicher kann eine Bewertung von Politik nicht ausfallen.

(Zwischenruf Dr. Pietzsch, Minister für Soziales, Familie und Gesundheit: Eine Frechheit, diese Äußerung.)

Wenn es nicht gelingt,

(Zwischenruf Dr. Pietzsch, Minister für Soziales, Familie und Gesundheit: Eine Abstimmung mit den Füßen zu einer Politik hat es 1989 gegeben.)

(Unruhe bei der CDU, PDS)

ausreichend - und das war auch der Tenor der gestrigen Beratung - Ausbildungs- und Arbeitsplätze in Thüringen zu schaffen, wird die Auswanderung nicht zu stoppen sein.

(Beifall bei der PDS)

Dann können auch die Stadtumbauprogramme noch so gut sein, die Menschen werden nicht hier bleiben. Dass gerade junge Menschen Thüringen verlassen, ist besonders tragisch, weil nämlich in einigen Jahren dadurch auch die Geburtenzahlen weiter sinken werden. Das hat nichts mit Dramatisierung zu tun, was man der Opposition immer wieder vorhält. Es ist unsinnig zu behaupten, dass uns eine Diskussion darüber schaden würde. Schädlich ist Ihre Blockade, Anträge der Opposition in den Ausschüssen beraten zu wollen, wie es gestern erneut wieder passierte.

(Zwischenruf Abg. Wetzel, CDU:
Das ist ja zum Totlachen.)

Bereits jetzt wird für Thüringen bis 2020 prognostiziert, dass sich nahezu auf 10 Prozent der Einwohnerrückgang entwickeln wird. Der bisherige und künftige Geburtenrückgang hat auch etwas mit der wirtschaftlichen Entwicklung und perspektivischen Hoffnung zu tun. Da können Sie hier noch so laut schreien: "Das ist Unsinn", wer keine Perspektive sieht, ist auch beim Kinderwunsch in Zukunft zurückhaltend. Bisher hat die Landesregierung kein überzeugendes Konzept für eine nachhaltige Reduzierung der Arbeitslosigkeit vorgelegt.

(Zwischenruf Dr. Pietzsch, Minister für Soziales, Familie und Gesundheit: In den letzten Jahren nehmen die Geburtenraten wieder zu, nehmen Sie das zur Kenntnis.)

Herr Minister, ich habe Sie hier genauso gut verstanden, Sie müssen sich nicht unbedingt in die erste Reihe setzen.

(Zwischenruf Abg. Wetzel, CDU:
Weil es Unsinn ist.)

(Unruhe bei der CDU)

Ich dachte, ich hatte jetzt Redezeit.

Schade, dass unser Ministerpräsident zu dieser Zeit nicht anwesend ist, ich möchte an seine Worte anknüpfen.

(Zwischenruf Gnauck, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei: Der arbeitet.)

Das ist schön, dass er arbeitet, Herr Gnauck. Aber ich möchte an seine Worte von gestern anknüpfen, als er sagte, dass wir in diesem hohen Haus dafür eintreten sollten, dass wir den Wettbewerb um die besten Konzepte führen sollten. Ich denke, da nützt auch ein Niederschreien hier in meinem Diskussionsbeitrag nichts.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Ich fühle mich durch Herrn Ministerpräsidenten ermutigt, hier noch einmal die Erwartungen der PDS zu nennen. Herr Minister, schaffen Sie die Rahmenbedingungen für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in Thüringen.

(Beifall bei der PDS)

Schaffen Sie die Voraussetzungen für verbesserte Handlungsfähigkeit der Kommunen. Entwickeln Sie einen gemeinwohlorientierten öffentlichen Beschäftigungssektor und reformieren Sie Verwaltungshandlungen.

(Beifall bei der PDS)

Sie sehen, es gibt schon Konzepte, wenn man das will. Hier ist ein Gegensteuern notwendig, anderenfalls kann man sich die Diskussion auch um den Stadtumbau sparen.

(Zwischenruf Abg. Gentzel, SPD: Jawohl.)

Wir wissen natürlich, dass die Thüringer Landesregierung nicht allein Verantwortung für die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik trägt. Aber nehmen Sie doch wenigstens die Teilverantwortung wahr, die das Land Thüringen hier hat, und stellen Sie sich ihr.

(Beifall bei der PDS)

Doch wir führen heute - Sie haben es bemerkt - keine Debatte zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, obwohl es sehr notwendig wäre. Es geht heute vorrangig um den Stadtumbau, deshalb will ich nachfolgend einige Punkte der Antwort der Landesregierung hier benennen.

(Zwischenruf Abg. Schemmel, SPD:
Einige bloß?)

Meine Damen und Herren, unsere Fraktion erkennt die Leistungen in der Wohnungswirtschaft der Kommunen, des Landes, des Bundes bei der Entwicklung des Wohnungsmarkts seit 1990 an. Die Wohnungsqualität hat sich für breite Bevölkerungsschichten verbessert. Wir haben auch anerkannt, dass das Land insbesondere im Haushaltsjahr 2000 Kürzungen des Bundes im Wohnungs- und Städtebau kompensiert hat, aber mit dem Doppelhaushalt 2001/2002 hat jedoch das Land die Kürzungen des Bundes nachvollzogen. Dies betraf insbesondere die Investitionsfördermittel.

Einige dieser Kürzungen waren dabei durchaus gerechtfertigt, Herr Minister, aber in der ganzen Breite haben die Kürzungen doch die Investitionsfähigkeit der Wohnungswirtschaft und der Kommunen beeinträchtigt. Ich höre jetzt schon wieder, Herr Minister, Ihre Argumente von der Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung.

(Zwischenruf Gnauck, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei: Das stimmt.)

Ja, aber dass unsere Fraktion hier andere Auffassungen hat, machte die zurückliegende Haushaltsdebatte sichtbar. An dieser Stelle aber wieder eine Haushaltsdiskussion zu führen, wäre sicherlich spannend.

(Zwischenruf Köckert, Innenminister:
Sie wollen nicht.)

(Unruhe bei der CDU)

(Zwischenruf Gnauck, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei: Da haben wir höhere Steuereinnahmen, das ist abenteuerlich.)

Ja, genau, diese Diskussion werden wir in Kürze sowie so führen müssen, deshalb möchte ich mich am Freitag Mittag hier ausklinken.

(Beifall bei der PDS)

Den Fakt aber an sich hier heute noch einmal zu nennen, war mir wichtig. Ihre Reaktion, Herr Gnauck, zeigt mir, dass es richtig war.

(Zwischenruf Gnauck, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei: Nein, Sie merken es nicht.)

Meine Damen und Herren, unsere Fraktion unterstützt ausdrücklich die Feststellung der Landesregierung, dass die bisherigen Konzeptionen, die auf einen Zuwachs ausgerichtet sind, in der Städtepolitik zu überprüfen sind. Spä-

testens mit der Fortschreibung des Landesentwicklungsplans 2003 muss hier ein Paradigmenwechsel vollzogen werden. Wir widersprechen aber der Einschätzung der Landesregierung, dass der derzeitige Leerstand nahezu vollständig strukturell bedingt ist. Gerade der Leerstand im Altbaubereich der Innenstädte hat andere Ursachen.

(Beifall bei der PDS)

Hier stehen derzeit Wohnungen leer, die aufgrund ihres Bauzustandes überhaupt nicht vermietbar sind. Ungeklärte Eigentumsverhältnisse und eine teilweise verfehlte Förderungspolitik in den 90er Jahren haben diesen Leerstand zumindest mit beeinflusst.

(Beifall bei der PDS)

Mit dem neuen "Stadtumbauprogramm Ost" ist hier ein Gegensteuern erkennbar. Ob die vorgesehenen Maßnahmen wie die Erhöhung der Investitionszuschüsse und eine höhere Eigenheimzulage allein ausreichen, um den Wohnungsleerstand im Altbaubereich der Innenstädte nachhaltig auszubauen, wird zumindest zweifelhaft. Selbst die Landesregierung geht hier nur von punktuellen Verbesserungen aus. Nicht nachzuvollziehen ist die Antwort der Landesregierung, wonach die Aufteilung des strukturell bedingten Wohnungsleerstands auf die einzelnen Arten der Wohnungsbestände nicht möglich ist. Wie sollen zielgerichtete Konzepte ohne Klarheit der Fakten hier erfolgen? Gleiches trifft auf das Unvermögen zu, den Leerstand in den einzelnen Regionen des Landes genau zu ermitteln. Die Abwanderung aus den Städten in das Umland ist unbestritten auch eine Ursache für den Wohnungsleerstand in den Städten. Die Landesregierung erwartet hier eine Abschwächung dieser Abwanderungstendenzen. Die Landesregierung verweist hier auf eine Neuausrichtung der Instrumente der Raumordnung, sie wird aber leider nicht konkret. Eine Neuausrichtung der Baulandpolitik ist sicherlich nicht ausreichend. Änderungen im Steuerrecht und in der Förderpolitik sind sicherlich genauso notwendig.

Unsere Fraktion und, ich denke, keiner von uns hat hier eine Patentlösung, aber umso wichtiger ist hier die Diskussion mit den Beteiligten, ohne Ausschluss bestimmter Ideen und Vorstellungen. Wir fordern hier die Landesregierung auf, offen und öffentlich mit allen Beteiligten zu diskutieren.

(Beifall bei der PDS)

Meine Damen und Herren, zu Recht wird in der Diskussion zum neuen "Stadtumbauprogramm Ost" darauf verwiesen, dass offenbar nur die kommunalen Wohnungsgesellschaften und die Wohnungsgenossenschaften aus ihrem Bestand abreißen bzw. zurückbauen sollen. Diese Unternehmen vernichten somit ihr Eigentum. Profitieren werden die privaten Vermieter, bei denen der Leerstand bereits jetzt vergleichsweise gering ist. Hier stellt sich zu Recht die Frage: Welchen Beitrag müssen die privaten Ver-

mieter zur Stabilisierung des Wohnungsmarkts leisten?

Meine Damen und Herren, eines der Hauptprobleme der Wohnungswirtschaft sind die so genannten Altschulden. Die Position der PDS - wissen Sie, wir haben sie immer abgelehnt, wir sind jedoch auch Realisten und akzeptieren bestimmte Tatsachen und Entwicklungen.

(Zwischenruf Abg. Bergemann, CDU:
Das ist ganz neu.)

Wir führen deshalb nicht mehr die Diskussion zur Frage der Altschulden ja oder nein. Was wir aber immer diskutieren, ist die Frage der Altschulden für den dauerhaft leer stehenden Wohnungsbestand.

(Beifall bei der PDS)

Wir fordern deren Streichung, und zwar ohne Wenn und Aber.

(Beifall bei der PDS)

Der neue § 6 a des Altschuldenhilfegesetzes hat die gewünschte Wirkung nicht erreicht. Hier sind Nachbesserungen notwendig. Ohne Lösung der Altschuldenfrage für leer stehende Wohnungen wird die Thüringer Wohnungswirtschaft ihren Beitrag zum Stadtumbau und Wohnungsmarktstabilisierung kaum leisten können. Wir haben die Aktivitäten der Landesregierung zur Lösung des Altschuldenproblems vom 10. Oktober 2001 in der Regionalkonferenz der Regierungschefs der Ostthüringer Länder zur Kenntnis genommen und dies auch begrüßt. Doch darf das nicht alles gewesen sein. Es fehlt uns ein öffentliches Bekenntnis der Landesregierung, sich mit allen Möglichkeiten für die Streichung der Altschulden einzusetzen. Wir bedauern die Auffassung der Landesregierung, keine Bürgschaften für existenzbedrohte Wohnungsunternehmen zu übernehmen. Wir halten solche Bürgschaften für geeignet, die Risiken für das Land sind dabei bedeutend geringer als bei Bürgschaften in anderen Wirtschaftsbereichen.

(Beifall bei der PDS)

Meine Damen und Herren, zum Thema "Stadtumbau und Baukultur" verweist die Landesregierung in Ihrer Antwort auf die Große Anfrage mehrfach auf ihre Verantwortung für diesen Bereich und die hohe Bedeutung von Architektur und Baukunst im Freistaat Thüringen.

(Unruhe bei der CDU)

Viele öffentliche Bauvorhaben der Kommunen werden durch Städtebau- und Architekturwettbewerbe vorbereitet. Der "Thüringer Staatspreis für Städtebau und Architektur" sowie weitere Auszeichnungen werden verliehen. Die Landesregierung als öffentlicher Bauherr schreibt für alle bedeutenden Bauvorhaben öffentliche oder beschränkte Architekturwettbewerbe aus, um aus entsprechenden

Varianten die beste Lösung zu ermitteln. Künftig sollen in gemeinsamer Arbeit die Architekturkammer Thüringens, die Ingenieurkammer, der Bund der Architekten und die in diesen Institutionen organisierten Planer, die betroffenen Ministerien und weitere Beteiligte ihre jeweiligen Aktivitäten unter dem Anspruch der Initiative für Architektur und Baukultur organisieren. Alles gut und richtig. Aber wie ist die derzeitige Situation des größten Teils der Thüringer Architekten und Ingenieure? Wir sehen eine allgemeine Strukturkrise in der Bauwirtschaft. Hier komme ich zu dem Beginn meiner Rede zurück. Geringe eigenständige Wirtschaftskraft, der Rückgang privater und öffentlicher Investitionen sowie anhaltender Bevölkerungsrückgang und -abwanderung drücken die Baunachfrage, führen zu erheblichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, auch der Architektur- und Ingenieurbüros. Vielen Büros droht die Schließung und zumindest die Entlassung qualifizierten Personals. Sie hoffen nun auf Planungsaufgaben im Programm "Stadtumbau Ost". Zu Recht, in den nächsten acht Jahren soll ein Fördervolumen von insgesamt 425 Mio. € und das zusätzliche Volumen in der Städte- und Wohnungsbauförderung von jährlich ca. 250 Mio. € verbaut werden. Auch hier wird die PDS-Fraktion sich mit Ergebnissen auseinandersetzen und hier im Landtag auf Entwicklungen aufmerksam machen.

(Beifall bei der PDS)

Meine Damen und Herren, der Einstieg in den Stadtumbau hat in Thüringen begonnen, inwieweit die einzelnen Maßnahmen die beabsichtigten Wirkungen erreichen werden, lässt sich heute noch nicht sagen. Vielleicht sind in einem Jahr hierzu konkrete Aussagen möglich. Die Oppositionsfraktionen sind ein Garant dafür, dass sich der Landtag regelmäßig mit den Ergebnissen und Erfahrungen des Stadtumbaus beschäftigen wird. Dabei soll es auch bleiben. Danke.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die SPD-Fraktion hat sich Frau Abgeordnete Doht zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Doht, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, Heinrich Zille hat einmal gesagt: Man kann mit einer Wohnung einen Menschen genauso töten wie mit einer Axt. Diese Wohnverhältnisse, die Zille damals vor Augen hatte, gehören in Thüringen der Vergangenheit an.

(Zwischenruf Abg. Kölbel, CDU:
Das stimmt.)

(Beifall Abg. Wetzel, CDU)

Dies sollte auch Grund sein, einmal von dieser Stelle aus all denjenigen zu danken, die in den vergangenen Jahren dazu beigetragen haben, dass sich die Wohnverhältnisse in Thüringen systematisch verbessert haben.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Aber wir müssen aufpassen, dass das Zille-Zitat nicht in abgewandelter Form uns heute doch noch einholt, nämlich, dass Wohnungsunternehmen von ihren Wohnungsbeständen erschlagen werden. Die Situation auf dem Thüringer Wohnungsmarkt hat sich in den letzten Jahren grundlegend gewandelt. Während 1990 ca. 100.000 Wohnungen in Thüringen fehlten, geht das Thüringer Innenministerium in der Beantwortung unserer Anfrage jetzt von 110.000 leer stehenden Wohnungen aus. Die Gründe für diesen Wandel am Wohnungsmarkt sind vielschichtig. So wurden in den Jahren 1990 bis 2000 insgesamt 115.421 Wohneinheiten neu errichtet, darunter fast 50.000 Ein- und Zweifamilienhäuser. Die Anzahl der in diesem Zeitraum neu errichteten Sozialwohnungen, Herr Wetzel hatte es schon genannt, war 10.000.

Das sind noch nicht einmal 10 Prozent des gesamten neu errichteten Bestandes. So weit nur zum CDU-Märchen, das Sie hier immer wieder wiederholen, und Sie werden das auch sicherlich nie mehr sein lassen, dass der soziale Wohnungsbau am jetzigen Überangebot Schuld wäre.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man den Wohnungsbau der letzten Jahre überhaupt dafür verantwortlich machen wollte, dann müsste man sich schon eher im frei finanzierten Bereich umschauen und dort einiges hinterfragen hinsichtlich der Abschreibungsmodalitäten und der Standortfrage. Aber Fakt ist doch eines, dass nach der Wende verstärkt Wohnungen gebaut werden mussten, weil sonst noch mehr Bürgerinnen und Bürger und vor allen Dingen junge Leute mit Familien Thüringen den Rücken gekehrt hätten und in die alten Bundesländer abgewandert wären. Insofern sollte man das, was nach der Wende an Wohnungen neu gebaut wurde, heute nicht dazu benutzen, um Schuldzuweisungen in irgendeine Richtung zu bringen, sei es in Richtung der Wohnungswirtschaft, sei es in Richtung des Fördermittelegers. Wir mussten die Wohnungen damals bauen, um die Leute hier im Land zu halten.

Ein weitaus schwierigerer Grund für den Leerstand ist nämlich das Problem der Anwanderung. Zwar hat sich die Zahl der Privathaushalte in Thüringen erhöht, die durchschnittliche Personenzahl pro Haushalt hat sich jedoch verringert. Insbesondere junge Menschen und Familien mit Kindern haben Thüringen den Rücken gekehrt. Fehlende Arbeitsplätze und eine schlechte Bezahlung sind Hauptgründe hierfür. Dies wird auch dadurch belegt, dass in den Regionen mit überdurchschnittlich hoher Arbeitslosigkeit die Leerstände ebenfalls über dem Durchschnitt liegen. Wer will es denn schon einem jungen Menschen ver-

übeln, wenn er dort hingehet, wo er besser bezahlt wird.

Der dritte und schwer wiegendste Grund jedoch ist die Bevölkerungsentwicklung aufgrund des Geburtenrückgangs. Selbst wenn es in den nächsten Jahren gelingen sollte, die Abwanderung einzudämmen - und die gestrige Diskussion hier im Hause zu unserem Antrag zur Eindämmung der Abwanderung macht mich wenig hoffnungsvoll -, dann werden die Bevölkerungszahlen in Thüringen trotzdem weiter rückläufig sein.

Meine Damen und Herren, damit stehen Kommunen, Wohnungswirtschaft und Stadtplaner vor einer schwierigen Aufgabe, Stadtentwicklung unter den Bedingungen weiter rückläufiger Einwohnerzahlen und damit auch sinkender finanzieller Einnahmen zu betreiben. Eine Aufgabe, für die es bislang keine Vorbilder gibt, deren Lösung aber durchaus einmal Vorbildfunktion für die alten Bundesländer haben könnte. Auch dort zeichnen sich, zeitverzögert und regional verschieden, die gleichen Probleme ab. Nach Aussagen des Innenministeriums müssen in den nächsten zehn Jahren jährlich 6.000 Wohnungen in Thüringen abgerissen werden, um den Wohnungsmarkt halbwegs zu stabilisieren. Bei der Dimension dieser Zahlen wundert es allerdings, dass die Datengrundlage dafür so wenig aktuell ist. Belegbare Zahlen über den Leerstand, bezogen auf den gesamten Wohnungsbestand in Thüringen, liegen nicht vor, so heißt es in der Antwort auf unsere Anfrage. Die letztmalig im Rahmen des Mikrozensus vom April 1998 ermittelten Zahlen wurden hochgerechnet. Ob dies für eine genaue Bewertung der Situation, der daraus dem Freistaat erwachsenden Aufgaben ausreicht, ist fraglich. Das Land verlangt vor der Gewährung von Fördermitteln im Bereich Wohnungs- und Städtebau ein Stadtentwicklungskonzept. Dies muss u.a. detailliert das Wohnraumangebot und die Leerstände berücksichtigen und den Beweis erbringen, dass die zu förmernden Maßnahmen sinnvoll und nachhaltig sind. Diese Forderung wird von uns grundsätzlich unterstützt. Aber was man den Kommunen abverlangt, sollte doch auch für das Land gelten. Auf welcher Grundlage basiert der zurzeit in Aufstellung befindliche Landesentwicklungsplan? Doch nicht etwa auf den Zahlen von 1998. Ich denke, dann könnte man sich die Mühe sparen. Um wohnungspolitisch und planerisch sinnvolle Entscheidungen zu treffen, kann man sich nicht nur auf die Zahlen des Verbandes Thüringer Wohnungswirtschaft verlassen. Alle nicht verbandsangehörigen Wohnungsbestände und der Bereich der privaten Vermieter bleiben damit unberücksichtigt. Die Probleme vor Ort bei der Erarbeitung der Stadtentwicklungskonzepte zeigen aber, dass gerade mit den Privatvermietern und den nicht verbandsgebundenen Wohnungsunternehmen die größten Schwierigkeiten bestehen.

Meine Damen und Herren, eine nachhaltige Stadtentwicklung und die dazu nötige Finanzierung kann nur erreicht werden, wenn sich die Beteiligten vor Ort einig sind und Land und Bund diesen Prozess unterstützen. Der Bund ist sich seiner Verantwortung gegenüber den Kommu-

nen bewusst geworden und hat mit dem Programm zum Stadtumbau Ost in den Jahren 2002 bis 2009 insgesamt 2,7 Mrd. € für die neuen Bundesländer bereitgestellt. Das Programm umfasst im Einzelnen ein Zuschussprogramm für Rückbau- und Aufwertungsmaßnahmen, Zuschüsse für die Wohneigentumsbildung in innerstädtischen Altbauquartieren, eine Erhöhung der Investitionszulage in den Innenstädten, die Öffnung des KfW-Wohnraummodernisierungsprogramms 2 für Rückbaumaßnahmen und einen Wettbewerb zur beschleunigten Vorbereitung von Stadtentwicklungskonzepten. Thüringen stehen im Rahmen des Stadtumbauprogramms Ost in den Jahren 2002 bis 2005 jährlich 22,5 Mio. € und 2006 bis 2009 jährlich ca. 16 Mio. € zu. 37 Kommunen nehmen am Wettbewerb "Stadtumbau Ost für lebenswerte Städte und attraktives Wohnen" teil und bekommen die Erarbeitung ihrer Stadtentwicklungskonzepte je nach Einwohnerzahl mit 50 bis zu 125.000 € gefördert.

Meine Damen und Herren, die Thüringer Landesregierung hat sich in der Vergangenheit, allen voran der Ministerpräsident, mit weiter gehenden Forderungen an den Bund hervorgetan, sich selbst aber sehr zögerlich bei der Bereitstellung der Mittel zur Kofinanzierung des Stadtumbauprogramms verhalten. Ein Antrag unserer Fraktion, bereits mit dem ersten Nachtragshaushalt die Mittel zur Kofinanzierung bereitzustellen, wurde damals von der Mehrheit des Hauses abgelehnt. Damalige Äußerungen des Finanzministers ließen gar befürchten, dass man das Bundesprogramm nicht umsetzen wollte. Mit dem 2. Nachtragshaushalt erfolgte dann die Bereitstellung der Komplementärmittel. Dafür hat das Land aber bei seinen eigenen Programmen gekürzt. Die im Bund-Länder-Programm eingestellten Mittel für die Modernisierung von Plattenbauten wurden umgeschichtet und auch das Landesprogramm zur Wohnungsmarktstabilisierung und zur Sanierung von Wohnquartieren wurde zur Gegenfinanzierung des Bundesprogramms benutzt. Das Land spart also auf Kosten des Bundes. Inwieweit die mit der Mai-Steuerschätzung erwarteten Mindereinnahmen und die zu erwartende Haushaltsperre, zumindest deutete sich das ja nach einigen Äußerungen so an, dann auch den Stadtumbau betreffen werden, bleibt abzuwarten. Alles in allem tut sich die Landesregierung sehr schwer, wenn es darum geht, den eigenen Anteil bereitzustellen. Das machen auch Absagen an die Forderungen von VTW und GdW deutlich, den Wohnungsunternehmen mit Landesbürgschaften zu helfen. Die SPD-Fraktion sieht hier durchaus eine Möglichkeit, natürlich nach einer genauen Einzelfallprüfung, zur Liquiditätssicherung von existenzbedrohten Wohnungsunternehmen beizutragen. Stadtumbau kann nur funktionieren, wenn alle Ebenen der Politik ihren Beitrag leisten. Dazu gehört auch die Einordnung der Stadtentwicklungskonzepte und der daraus resultierenden Maßnahmen in den großen Rahmen der Landesplanung. In der Antwort wird darauf verwiesen, dass die Stadtentwicklungskonzepte und die daraus abgeleiteten Maßnahmen die Ziele des Landesentwicklungsplans von 1993 zur Grundlage haben. Dies allein scheint uns etwas wenig, da ja zur gleichen Zeit in der

Staatskanzlei ein neuer Landesentwicklungsplan erarbeitet wird. Nach unserer Auffassung sollte hier eine sehr enge Abstimmung zwischen dem neu zu erstellenden Landesentwicklungsplan und den Maßnahmen des Stadtumbaus erfolgen. Nur so kann letztendlich eine nachhaltige Stadtentwicklung im Kontext mit der weiteren Entwicklung des gesamten Landes erfolgen.

Eine Zielrichtung des Stadtumbauprogramms ist die Stärkung der Innenstädte. Dazu soll die Wohneigentumsbildung in den Altstadtbereichen der Kernstädte und dem denkmalgeschützten Bestand verstärkt gefördert werden. Auch die Thüringer Landesregierung versucht mit ihrer vor einigen Jahren ins Leben gerufenen Innenstadtinitiative eine Stärkung der Innenstädte gegenüber der grünen Wiese zu erreichen. Niedrige Miteleistungsanteile der Kommunen in der Städtebauförderung und eine Konzentration der Fördermittel auf ausgewählte Städte sollen dazu beitragen. Wir unterstützen diese Initiative, wir vermissen aber weitere flankierende Maßnahmen, z.B. bei der Eigenheimförderung. Die SPD-Fraktion hatte bereits vor längerer Zeit beantragt, die Wohneigentumsförderung mehr auf den Bestand und auf Bauplätze in den Innenstädten zu lenken. Diese Forderung möchte ich heute hier erneuern. Eine weitere Förderung von Eigenheimen auf der grünen Wiese und im Umland der Städte konterkariert letztlich die Ziele des Bundes und des Landes zur Stärkung der Innenstädte. Sie verstärkt die Suburbanisierung und führt dazu, dass die mit hohen Fördermitteln gestartete Innenstadtinitiative des Landes ins Leere läuft. In diesem Zusammenhang, Herr Minister, sei auch die Nachfrage gestattet, wie die wesentlich verbesserten Förderkonditionen für die besonderen Gebietskulissen - ich verweise hier auf die Antwort zu Frage 9, Punkt 8 unserer Anfrage - ausgestattet werden sollen. Hier hätten wir gern nähere Auskunft. Vom bewilligten Fördervolumen für Eigenwohnraum des Jahres 2001 entfallen ganze 10,2 Prozent auf Maßnahmen im Innenbereich der Städte und Gemeinden.

(Zwischenruf Abg. Wetzel, CDU: Haben Sie nicht zugehört, das war unsere Forderung.)

Diese Förderpraxis stellt aus unserer Sicht keine Stärkung, sondern eher eine Schwächung der Innenstädte dar. Der Hinweis, man wolle die Funktion der ländlichen Räume bewahren und aufwerten, ist für mich nur eine Ausrede für eine Förderpolitik, die auch ideologisch geprägt ist. Ich könnte Ihnen dutzende Beispiele aufzählen, wo durch das Neubaugeschehen nach der Wende eher dörfliche Strukturen zerstört wurden, anstatt, dass die ländlichen Räume aufgewertet wurden. In wenigen Fällen fand eine Aufwertung vorhandener Wohnsubstanz statt. Oftmals entstand neben dem alten Ortskern ein neuer zweiter Ortsteil ohne soziale Infrastruktur und ohne räumliche Beziehung zum alten Ortskern. Wir brauchen flankierende Maßnahmen zur Innenstadtinitiative, die es ermöglichen, dass junge Familien in den Innenstädten preiswert Wohneigentum erwerben können, sonst wird auch die angestrebte Innenstadtstiftung nicht richtig wirksam werden können.

Meine Damen und Herren, in Richtung Stärkung der Innenstädte zielt auch die von der Bundesregierung ins Leben gerufene Initiative "Architektur und Baukultur". Sie hat damit eine öffentliche Diskussion über die Qualität des Planens und Bauens in Deutschland und die Rolle der Architektur-, Planungs- und Ingenieurleistungen ins Leben gerufen. Die Initiative versteht sich als Anstoß und Plattform für den Dialog und sie ist auf Mitwirkung angelegt. Mit dieser Mitwirkung sieht es aber in Thüringen relativ bescheiden aus. Bisher ist Thüringen nur durch den Leiter der Staatlichen Hochbauabteilung im Thüringer Finanzministerium auf Bundesebene vertreten. Dass die Bauhaus-Universität Weimar sich bislang nicht an dieser Initiative beteiligt, ist eigentlich ein Armutszeugnis für eine Universität mit diesem Anspruch. Auch die FH Erfurt ist bislang nicht Mitglied dieser Initiative. Hier sehen wir brachliegende Potenziale und erwarten, dass die angekündigte Koordinierung der Architekten-, Ingenieurkammer, der Planer und Ministerien sich auch auf die beiden Bildungseinrichtungen ausdehnt. Thüringen hat mit Sicherheit gute Beispiele von Architektur und Baukultur zu bieten, die auch auf Bundesebene Vorbildfunktionen haben könnten. Warum sollen wir uns hier als Thüringer unter Wert verkaufen? Aber auch im Rahmen des Stadtumbaus, gerade wenn es um die Stärkung der Innenstädte geht, gibt es eine Menge Anknüpfungspunkte zur Initiative Baukultur. Das fängt bei der Gestaltung der öffentlichen Räume an. Gerade dem öffentlichen Bauherrn kommt eine große Vorbildwirkung zu. Er muss mit gutem Beispiel vorangehen, wenn auch vom privaten Bauherrn anspruchsvolle Architektur verlangt wird. Die Fragen nach den baulichen Rahmenbedingungen gewinnen für unser kulturelles Leben und die Zukunft unserer Städte immer mehr an Bedeutung. Wir müssen einerseits den kulturhistorisch wertvollen Baubestand schützen, aber andererseits auch neue Architektur zulassen. Die Städte leben vom Wandel und von ihrer Vielfalt. Stadtumbau Ost muss mehr werden als nur die Bekämpfung des Wohnungsleerstands.

(Beifall bei der SPD)

Neben den Standorten für Exklusivbauten müssen die Innenstädte vor allem auch Wohnstandorte bleiben. Erst die Bewohner machen die Städte lebendig und prägen ihr Flair. Dies wiederum hat Einfluss auf Handel und Gewerbe, denn Städte mit hoher Lebensqualität ziehen auch Unternehmen an. Wir brauchen vor dem Hintergrund der anstehenden Aufgaben beim Stadtumbau eine öffentliche Diskussion über die Baukultur. Die Landesregierung sollte in Abstimmung mit den Kommunen diesen Diskussionsprozess stärken und befördern und auch in die Veranstaltungen zum Stadtumbau tragen.

Meine Damen und Herren, letztlich hat Baukultur auch etwas mit Qualität und Nachhaltigkeit zu tun. Es ist ein Zeichen von Qualität, wenn Bauwerke entsprechend lange und flexibel und mit geringen Wartungs- und Betriebskosten genutzt werden können. Nachhaltiges Bauen heißt auch ökologisch vertretbare Lösungen anzustreben. Das

Interesse privater Bauherren am ökologischen Bauen ist vorhanden und sollte auch trotz knapper Kassen weiterhin durch das Land unterstützt werden.

Für all diese Aufgaben brauchen wir Planer, Architekten und Ingenieure mit Phantasie und Kreativität, die ihr Handwerk solide beherrschen. Thüringen verfügt über diese klugen Köpfe. Trotzdem besteht gerade beim Staatlichen Hochbau immer noch der Hang zu Büros aus den alten Bundesländern. In den Jahren 1994 bis 2000 wurden Aufträge für ein Bauvolumen von 126 Mio. € an Thüringer Büros vergeben, Aufträge für 199 Mio. € an Büros aus anderen, sprich den alten Bundesländern. Das entspricht einem Verhältnis von 39 : 61 und dies kann uns nicht befriedigen, wenn wir bedenken, dass Ende Januar 2002 180 Architekten und 730 Bauingenieure in Thüringen arbeitslos gemeldet waren. Die verstärkte Einbeziehung Thüringer Büros steht also weiterhin als Aufgabe an. Wenn die Landesregierung selbst einschätzt, dass nahezu alle Thüringer Planungsbüros in der Lage sind, die anstehenden Planungsaufgaben zu lösen, dann müssten diese auch in der Lage sein, in künftigen Wettbewerben zu bestehen. Wenn es uns künftig gelingt, mehr Planungsaufträge an Thüringer Büros zu vergeben, dann könnten auch hier Arbeitsplätze neu entstehen und der eine oder andere Absolvent der Bauhaus-Universität müsste nicht in die alten Bundesländer abwandern. Wenn er hier Arbeit hat, dann bezieht er hier auch eine Wohnung, womit ich letztendlich wieder beim Ausgangspunkt meiner Rede bin, nämlich bei der Situation am Wohnungsmarkt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, als Konsequenz auf die Antwort der Landesregierung zu unserer Anfrage ergeben sich für die SPD-Fraktion folgende fünf Schlussfolgerungen bzw. Forderungen:

1. Die Situation auf dem Thüringer Wohnungsmarkt stellt die Thüringer Wohnungswirtschaft vor große Probleme. Wir fordern neben den vorhandenen Programmen die Gewährung von Landesbürgschaften für Wohnungsunternehmen, wenn damit im Einzelfall eine dauerhafte Liquiditätssicherung erreicht werden kann.
2. Um den Stadtumbau nicht nur unter städteplanerischen und regionalen Gesichtspunkten durchzuführen, fordern wir eine enge Verzahnung der geplanten Maßnahmen mit dem zurzeit in Aufstellung befindlichen Landesentwicklungsprogramm.
3. Die SPD-Fraktion unterstützt alle Maßnahmen zur Stärkung der Innenstädte. Wir fordern die Landesregierung auf, die gesamte Förderkulisse im Wohnungs- und Städtebau auf dieses Ziel auszurichten. Die Eigenheimförderung sollte künftig nur noch in den Innenstädten und den Ortskernen erfolgen. Bauvorhaben auf der grünen Wiese dürfen nicht noch durch Fördermittel begünstigt werden.
4. Das Land Thüringen soll sich künftig stärker in die Bundesinitiative zur Architektur und Baukultur einbringen.

Die baulichen Maßnahmen im Stadtumbau sind nicht nur aus finanziellen Aspekten, sondern auch im Hinblick auf ihre architektonische Gestaltung und die Qualität der Bauausführung zu beurteilen.

5. Bei öffentlichen oder mit öffentlichen Mitteln geförderten Bauvorhaben sind künftig verstärkt Thüringer Büros in die Planung und Bauleitung einzubeziehen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD; Abg. Dr. Wildauer, PDS)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Landesregierung hat sich Minister Köckert zu Wort gemeldet.

Köckert, Innenminister:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, so viel wie im letzten Jahr haben wir noch nie über den Wohnungsbau in diesem Hause diskutiert. Es vergeht kaum eine Landtagssitzung, in der wir uns nicht in unterschiedlichen Fragestellungen diesem wichtigen Problemfeld zuwenden. Ich bin dem hohen Haus sehr dankbar, dass es sich dieser Thematik immer wieder annimmt. Es ist ja nicht oft, dass auch die Oppositionsparteien gerade ein Thema aufrufen, bei dem die Landesregierung gut dasteht,

(Beifall bei der CDU)

weil sie wirklich in den letzten Jahren hier kontinuierlich sehr gute Arbeit geleistet hat.

(Zwischenruf Abg. Schemmel, SPD:
Welche Bescheidenheit.)

Das Ergebnis, was wir alle sehen können in diesem Land, spricht für sich, und zwar positiv für sich. Ich bin Frau Doht sehr dankbar für die Hinweise, die sie gegeben hat. Wir werden sie sicher auch noch auswerten. Wenn auch nicht alles stimmig erscheint, Landesbürgschaften für Wohnungsunternehmen, wir haben ja die Aufbaubank und die prüft die Dinge in der Tat und wir helfen dort, wo wir helfen können. Allerdings muss eben die dauerhafte Konsolidierung dieser Wohnungsunternehmen gewährleistet sein, denn sonst hätten wir schlechtem Geld gutes hinterhergeworfen. Das können wir nicht und das wollen wir auch nicht. Die Eigenheimförderung ist konzentriert worden. Nur haben wir uns erlaubt, sie noch in einer Art und Weise zu konzentrieren, die bisher hier nicht angesprochen wurde. Wir konzentrieren sie auf kinderreiche Familien und nicht mehr auf jeden. Wir haben also auch den Personenkreis noch einmal eingeeengt.

Zu den Thüringer Büros, Architekturbüros, die einzubeziehen sind, muss gesagt werden, wenn sie sich mit den

Architekten unterhalten und mit den Architekturbüros, die hier arbeiten, dann fragen Sie doch bitte auch danach, wie viel Thüringer Architekten

(Beifall bei der CDU)

und Ingenieure stellen diese Büros ein. Ist es nicht oft so, dass ein Thüringer Büro mit einem aus den alten Ländern kooperiert, weil sie nur so in der Lage sind, auch ihre Arbeit in der Breite, wie sie heutzutage nötig ist, durchzuführen?

(Zwischenruf Abg. Ellenberger, SPD: Was?)

Hier gibt es mehr Miteinander, als man aus Ihren Ausführungen jetzt entnehmen konnte. Insofern stimmen Ihre Prozepte, die Sie bei den Aufträgen angaben, hier auch nicht, was die letzten Jahre betrifft.

(Zwischenruf Abg. Ellenberger, SPD: Das haben Sie doch selber so eingetragen.)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Minister, gestatten Sie eine Anfrage durch Frau Abgeordnete Doht?

Köckert, Innenminister:

Ja, bitte.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Bitte, Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Doht, SPD:

Herr Minister, Sie sagten, die Prozepte stimmen nicht. Die Prozepte habe ich aus der Antwort auf die Große Anfrage entnommen. Dann stimmt das nicht, was mir die Landesregierung geantwortet hat.

Köckert, Innenminister:

Nein, es stimmt nicht, wie Sie diese Sache auslegen, weil Sie den Eindruck erwecken, als wären das nun alles westdeutsche Architekten, die hier tätig werden, derweil sind es hiesige, Thüringer, die in diesen Büros mitarbeiten. Insofern ist diese Auslegung, die Sie bringen, sehr kurzschlüssig. Ich verstehe ja, dass Frau Ellenberger hier auch noch etwas beiträgt, weil sie vom Fach ist, und dann können wir ganz gern im Ausschuss diese Dinge etwas differenzierter noch betrachten. Nur gegen diese kurzschlüssige Herübernahme und Schlussfolgerung

(Zwischenruf Abg. Ellenberger, SPD: Aber Sie müssen sich doch einmal schlau machen, Herr Minister.)

wollte ich mich wenden. Ich bin natürlich gern bereit, Frau Ellenberger, von Debatte zu Debatte klüger zu werden.

(Zwischenruf Abg. Ellenberger, SPD: Ja, ...)

Wir sollten uns das in diesem Hause gegenseitig zugestehen. Ich hoffe ja auch, dass Sie, als Sie hier vorn standen, immer wieder etwas dazugelernt haben. Das meine ich jetzt ganz ernst, das meine ich jetzt wirklich ganz ernst, wenn wir uns das nicht gegenseitig zugestehen, sind wir wirklich arme Säcke. Das sollten wir nicht sein, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit im Hause)

Frau Sedlacik, lassen Sie mich, bevor ich zum Text komme, auch noch zu Ihnen kurz ein paar Worte sagen. Wenn Sie doch aufhören würden, wenn Sie es ankündigen. Sie wollten aussteigen aus dieser Diskussion, aber Sie haben dann weiter gemacht und weiter gemacht. Dann sage ich Ihnen, wenn Sie für eine angeblich desolate Situation die Regierung verantwortlich machen, die Regierung steht in Verantwortung, die Geburtenrate wäre so gering, dann nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass wir in den letzten Jahren einen kontinuierlichen Anstieg der Geburtenrate haben.

(Beifall bei der CDU)

Wenn dafür auch die Regierung Verantwortung trägt, ist das in Ordnung.

(Heiterkeit bei der CDU)

Denn das zeigt, meine Damen und Herren, die Thüringerinnen und Thüringer sehen offensichtlich - und das ist statistisch an der Geburtenrate nachweisbar, wenn ich jetzt Ihre Schlussfolgerung weiterziehe - für sich und ihre Kinder Zukunftschancen in diesem Land.

(Beifall bei der CDU)

Das können wir uns doch nicht kleinreden lassen, meine Damen und Herren.

Was die Haushaltskonsolidierung betrifft und die Diskussion, die wir hier darüber zu führen haben, dann, glaube ich, hat der Wohnungsbau nicht die schlechteste Bedienung erfahren in den letzten Jahren. Nur dass wir bitte schön nicht Ihren Vorschlägen zur Haushaltskonsolidierung nachgeben können, weil sie keine Konsolidierungsvorschläge sind, das haben wir doch in der Debatte zum letzten Nachtragshaushalt deutlich vor Augen geführt bekommen. Wohin Ihre Prognosen führen, die Sie haushaltsmäßig hier in diesem Haus darbieten, dann hätten wir jetzt nicht nur ein Steuerloch von 400 Mio. €, sondern dann hätten wir ungefähr im Effekt, wenn wir Ihre Vorschläge zum Haushalt vollzogen hätten, jetzt ein Minus von ungefähr 800 Mio. €. Das ist verantwortungslose Politik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Minister, gestatten Sie eine Anfrage durch Frau Abgeordnete Sedlacik?

Köckert, Innenminister:

Sie wollte sich eigentlich ausklinken. Aber klinken Sie sich wieder ein, Frau Sedlacik.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Bitte, Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Sedlacik, PDS:

Bevor ich meine Frage stelle, möchte ich es richtig stellen. Ich wollte mich ausklinken aus der Wirtschafts- und Haushaltsdebatte, weil wir ja heute zum Stadtprogramm reden. Ich komme zu meiner Frage: Herr Minister, warum reden Sie jetzt eigentlich immer das Land schlecht, es ist doch auch Fakt -

(Heiterkeit im Hause)

ja, er redet von Steuerlöchern, wo wir ja alle letzten Endes reinfallen. Löcher sind ja dazu da, um reinzufallen - und darauf hat auch die PDS-Fraktion immer hingewiesen, dass immerhin noch 6 Mrd. € mehr als 2001 in diesem Land zur Verfügung stehen. Das müsste man vielleicht der Ehrlichkeit halber auch sagen. Es ist nicht so, dass viel, viel weniger Geld da ist, mit dem man nichts anfangen kann.

(Unruhe bei der CDU)

Es stehen gegenüber der Entwicklung des Jahres 2001 genau 6 Mrd. € mehr 2002 im Land zur Verfügung. Das ist auch Fakt.

Köckert, Innenminister:

Frau Sedlacik, Sie reden, wie Sie es verstehen, und da merkt man, wie Sie reden, dass Sie es nicht verstehen. Entschuldigung, wenn ich das so deutlich sage.

(Beifall bei der CDU)

Sie meinen wahrscheinlich das Bundesprogramm in diesem Bereich, was eine bestimmte Dotation hat, aber die zieht sich über Jahre hinweg. Das sind die Bundesanteile,

(Zwischenruf Abg. Dr. Koch, PDS:
Nein, Sie verstehen es nicht.)

die über Jahre hinweggehen. Insofern - bitte, ich wäre dankbar, wenn wir diese Sache dann auch in dem Ausschuss

behandeln können, dann können wir uns gegenseitig diese Zahl noch mal vorlegen. Diese 6 Mrd. werden über Jahre gerechnet und stehen nicht im Jahr 2002 allein zur Verfügung.

(Zwischenruf Abg. Dr. Koch, PDS:
Nein, das ist falsch.)

Meine Damen und Herren, Städtebau und Wohnungsbau in Thüringen befinden sich im Umbruch. Das ist von all den Rednern hier auch entsprechend zum Ausdruck gebracht worden. Anhaltender drastischer Bevölkerungsrückgang - und der wird auch in den nächsten zehn Jahren noch bestimmend sein, das ist gestern ausführlich diskutiert worden - hat mit dazu beigetragen, dass wir vor erheblichen Leerständen stehen. Der Wohnungsmarkt ist nicht mehr von einem Wohnungsnotstand geprägt, sondern von einem Wohnungsleerstand. Stadtentwicklung ist deshalb eine Reaktion heute auch auf die Schrumpfung im Wohnungsmarkt und sie ist deshalb als Stadtumbau zu verstehen. Mehr Stadt für weniger Bürger - diese Fragestellung, die wir vor anderthalb Jahren ungefähr das erste Mal gestellt haben und die wir diskutiert haben, das ist die entscheidende Frage des Stadtumbaus geworden. Dafür brauchen wir Leitbilder. Die Landesregierung unterstützt die Kommunen bei der Entwicklung solcher Leitbilder. Ganzheitliche städtebauliche Rückbaustrategien sind notwendig und Stadtumbau soll eben nicht Stadtvernichtung sein, sondern in der Reurbanisierung unserer Städte liegt ein riesiges Investitions-, aber eben auch vor allen Dingen Innovationskapital. Die Etappe der Stadtreparatur, die die 90er-Jahre geprägt hat, geht zu Ende und sie fließt über in die Etappe des Stadtumbaus. Stadtumbau ist deshalb nicht eine Crux, ein Elend, mit dem wir uns auseinander setzen müssen, sondern es ist eine große Chance zum Aufbau neuer qualitätsvoller Wohngebiete und Stadtstrukturen. Diese Chance ist uns gegeben, nun auch mit einigen Sünden der Vergangenheit aufzuräumen und etwas Neues zu schaffen.

Wir haben hier ja in Thüringen durch unsere Tradition, es wurde die Bauhaus-Universität genannt, gerade durch unsere Tradition eine besondere Verpflichtung zur Weiterentwicklung der Baukultur. Wir müssen die gebaute Umwelt, die unmittelbar die Lebensqualität mit prägt, das Zille-Zitat ist ja genannt worden, hier entsprechend auch würdigen. Baukultur ist ein nicht unerheblicher Standortfaktor. Deshalb werden wir die bundesweite Initiative Architektur und Baukultur mit vorantreiben. Mit eigenen Programmen wie die "Thüringer Innenstadtinitiative" oder "junges Wohnen in den Innenstädten", mit dem Wohnungsmarktstabilisierungsprogramm sowie mit dem Stadtumbau Ost wollen wir auch die Innovationen im Stadtumbau fördern. Da ist ein Bestandteil, Frau Doht hat es angesprochen auch noch als Forderung, die differenzierte Wohnraumförderung. Die Sicherung des Bestandes hat derzeit Vorrang vor Neubauten. Kerngebiete oder Stadtinnenräume genießen den Vorzug vor dem Umland. Deshalb betreiben wir seit dem letzten Programmjahr eigentlich schon, und dieses Jahr noch mal ausgeprägter, eine

Wohnraumförderung nicht mehr nach dem Gießkannenprinzip, wie es in den 90er Jahren der Fall war, sondern die Fördermittel werden mit den Regionalplanungen abgestimmt und der Stadtumbau wird entsprechend auch durch Begleitforschung ergänzt.

Eines der Kernpunkte des Stadtumbaus heißt Innenstadtentwicklung. Wir haben bereits im vorherigen Jahr, im Jahr 2001, mit einem Wohnungsmarktstabilisierungsprogramm hier in Thüringen Akzente setzen können. Die Bundesregierung hat, und das muss man der Ehrlichkeit halber sagen, nach langem Drängen von Sachsen und Thüringen das "Stadtumbauprogramm Ost" auf den Weg gebracht und damit haben wir als Länder, als neue Bundesländer nun endlich berechenbare Finanzierungszusagen bekommen, mit denen wir weiterarbeiten können. Der Bund hat leider nicht zusätzliches Geld aktiviert, sondern er hat mit diesem Programm im gedeckelten Finanzierungskorsett interne Umschichtungen vorgenommen. Es kommt also bei dem Bundesprogramm kein zusätzlicher Euro in die neuen Länder, sondern es ist anderswo gekürzt und umgeschichtet worden.

Wir können, meine Damen und Herren, die Probleme wie Leerstand und Schrumpfung nur auf der Basis von integrierten Stadtentwicklungskonzepten lösen. Im Rahmen der Thüringer Innenstadtinitiative haben wir deshalb unsere Förderstrategie erweitert und sie auch für das neue Programm "Stadtumbau Ost" anwendbar gemacht. Jetzt müsste an sich begleitend dazu das vom Thüringer Ministerpräsidenten geforderte Sonderprogramm Ost zur Entwicklung der Infrastruktur der neuen Länder folgen. Das fehlt an sich in diesem Scharnier der weiteren Förderung des Aufbaus Ost. Es wäre gut, wenn wir hier noch ein zusätzliches Konjunkturprogramm für die Infrastrukturförderung bekommen könnten, auch gerade für die Stärkung unserer Innenstädte.

Wir haben in den vergangenen Jahren schon in den 90er Jahren einen sehr umfangreichen Einsatz von Landesmitteln in diesen Stadtumbau hineingesetzt. Wir haben die Bundesprogramme jeweils komplementiert und sind weit über die einfache Komplementierung hinausgegangen. Auch dass das Problem des wohnungswirtschaftlichen Strukturwandels und dessen Auswirkung auf die Stadtentwicklung kein Fremdwort war in den vergangenen Förderjahren, ist deutlich geworden. Wir haben jeweils zu Bundesprogrammen entsprechende Landesmittel bereitgestellt, um die Wohnungsunternehmen und dadurch auch die Städte bei den drängendsten Maßnahmen zu unterstützen. Wir haben darüber hinaus - und über die Bundesprogramme hinaus - in den vergangenen zehn Jahren für eine sehr, sehr hohe Entlastung der notwendigen gemeindlichen Miteleistungsanteile in der Städtebauförderung gesorgt. Wir haben dafür und damit Sorge getragen, dass die Kommunen die Erhaltungs- und Erneuerungsaufgaben zügig durchführen konnten und die städtebaulichen Erblasten aus der DDR-Zeit schnell überwinden konnten.

(Beifall bei der CDU)

Stadtumbau in Thüringen, meine Damen und Herren, vollzieht sich seit der Einheit 1990 mit ganz hervorragenden Ergebnissen und ich kann Sie nur noch einmal auffordern: Jetzt beginnt die Urlaubszeit. Sollten Sie in den neuen Ländern unterwegs sein, vergleichen Sie die Gemeinden und Städte in unseren Nachbarländern, fahren Sie mit offenen Augen durch die Thüringer Städte und Gemeinden, dann sehen Sie, was wirklich in den letzten Jahren sowohl mit Landesunterstützung als auch mit der Initiative von vielen privaten Investoren in diesem Land geleistet worden ist. Darauf können wir stolz sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Der demografische Wandel hat den Wohnungsmarkt von einem früheren Nachfragemarkt zu einem Angebotsmarkt umgewandelt. Während die Altbausubstanz in den Stadtzentren zunehmend an Attraktivität gewinnt, nimmt der Leerstand vor allen Dingen in Plattenbaugebieten noch zu. Auch im Altbau im Innenstadtbereich gibt es nicht unerhebliche Leerstände und stellt manche Stadt vor Kopfzerbrechen. Thüringen steht bereit, mit der Gegenfinanzierung seinen Anteil am Programm "Stadtumbau Ost" zu leisten: Rund 450 Mio. € werden Bund, der Freistaat und die Kommunen bis 2009 in Thüringen gemeinsam in den Stadtumbau Ost investieren. In den nächsten zehn Jahren wird in den neuen Ländern mit dem geförderten Abriss allerdings nicht einmal der Status quo im Leerstand erhalten. Das ist in der Tat ein Problem, dem wir uns stellen müssen. Die notwendige Konsolidierung der Wohnungs- und Immobilienmärkte wird so kaum möglich sein.

(Beifall bei der CDU)

Folgende flankierende Maßnahmen des Stadtumbaus und des wohnungswirtschaftlichen Strukturwandels müssen aus unserer Sicht deshalb möglichst rasch umgesetzt werden:

1. Wir müssen den dauerhaft leer stehenden und abzureißenden Wohnraum befreien von den Altlasten, von den Altschulden und von dieser Finanzlast, die mit den Altschulden verbunden ist. Der Ministerpräsident hat mit seiner Forderung hierzu bei der ostdeutschen Regierungskonferenz in ihrer Regionalkonferenz vom 10. Oktober in Erfurt für diesen Vorschlag große Zustimmung bekommen und wir erwarten nun auch von Berlin eine positive Reaktion zu diesem zentralen Anliegen der Entschuldung.
2. Als unmittelbares Nahziel muss zunächst das Antragsverfahren der Härtefallregelung einerseits um einige hohe Hürden verringert, andererseits aber besonders die Finanzausstattung über die derzeitigen 358 Mio. € deutlich auf das ca. Zwei- bis Dreifache erhöht werden. Allein aus Thüringen haben bisher 19 Wohnungsunternehmen den Abbruch und die Entschuldung von ca. 22.000

Wohnungen mit einem Entschuldungsbetrag von ca. 97,5 Mio. € bei der KfW beantragt. Davon sind aber bis jetzt erst vier Anträge positiv entschieden worden. Hier müssen wir schneller und finanziell besser dotiert vorankommen.

3. Es ist notwendig, dass der besondere Kündigungsschutz, der nach dem Einigungsvertrag für die Mieter, die einen so genannten Altmietvertrag aus DDR-Zeiten haben, besteht, aufgehoben wird.

(Beifall bei der CDU)

Das ist, meine Damen und Herren, keine unsoziale Maßnahme, wie bisweilen behauptet wird. Denn beim derzeitigen Wohnungsüberhang in den neuen Ländern ist die Geschäftsgrundlage für diese 1990 zunächst verständliche Maßnahme, die die Lösung im Einigungsvertrag gefunden hat, nun wirklich entfallen. Wir haben nicht mehr die Wohnungsknappheit von 1990, sondern wir haben den Überfluss mit der notwendigen Folgerung auf die Mietpreise, die auf dem Wohnungsmarkt momentan herrschen. Deshalb - denke ich - sollte der besondere Kündigungsschutz nach dem Einigungsvertrag aufgehoben werden.

4. Es wird künftig auch zu Unternehmensfusionen oder Abspaltungen bei den Wohnungsunternehmen kommen. Einige Wohnungsbestände werden zwar leergezogen sein, aber etwas länger bis zum Abriss stehen bleiben, weil man nicht sofort alles abreißen kann, was zum Abriss zu bringen notwendig wäre. Für diese Fälle ist es erforderlich, auch gezielte steuerliche Verbesserungen herbeizuführen. Hier sind besonders wir, die Länder, aber auch die Kommunen hinsichtlich der Veränderung der Grundsteuer und der Grunderwerbssteuer durch Einnahmeausfälle betroffen. Wir brauchen aber, meine Damen und Herren, meines Erachtens Sonderregelungen, die finanziell in den Länderfinanzausgleich einzubetten sind, um Verluste der Kommunen und des Landes bei solchen Veränderungen auszugleichen.

5. Wir brauchen trotz oder wegen des Leerstands eine ausreichende Beteiligung des Bundes an der Wohnungsbauförderung, denn Stadtumbau heißt ja nicht nur Abriss, sondern Stadtumbau heißt auch innerstädtische Lücken und Brachen wieder zu bebauen, auch mit Wohnungsneubau. Ebenso sind die langfristig beständigen Wohnungen, Wohngebäude und ihr Wohnumfeld zu modernisieren. Dort, wo wir wissen, dass dieser Bestand erhalten bleibt, müssen auch die notwendigen Modernisierungsmaßnahmen durchgeführt werden und dafür muss es weiterhin Wohnungsbaufördermittel geben.

6. Wir brauchen eine aktuelle Bestandserhebung zu Bevölkerungs- und Wohnraumdaten. Meine Damen und Herren, das ist einfacher gesagt und gefordert als getan. Frau Dohrt hat mit Recht darauf hingewiesen, dass die Datengrundlage unzureichend ist. Wer aber die Diskussion um den großen europäischen Zensus kennt, der an sich im nächsten

Jahr beginnen soll, und weil man aus datenschutzrechtlichen Gründen Sorge hat, dass dieser Zensus boykottiert wird von ganz bestimmten Kräften - Sie kennen ja die Diskussion um Bevölkerungszählung, also man sich jetzt auf datenstützten Zensus stützt -, der weiß, wie schwierig sich die Frage von Wohnraumerhebungen und Bevölkerungserhebungen und -zählung gestalten kann. Das ist ein Problem, was gelöst werden muss. Eine konkrete, sofortige Lösung kann ich auf diesem Felde nicht anbieten.

Sehr geehrte Damen und Herren, auf dem Gebiet der Baukultur hat sich gemeinsam mit dem Innenministerium und dem Finanzministerium eine Arbeitsgruppe gebildet, in der zahlreiche Verantwortliche und Interessenträger zusammenwirken. Das Ziel besteht darin, die vielfältigen Einzelaktivitäten zusammenzuführen und inhaltlich sowie zeitlich zu koordinieren, damit wir dadurch eine höhere öffentliche Wirksamkeit erreichen und das Bewusstsein um die Bedeutung der Baukultur erweitern.

Mein Fazit zum Schluss: Die Phase der Stadtreparatur geht zur Neige; die Etappe Stadtumbau beginnt. Die Zeichen der Zeit stehen nicht mehr auf Wachstum, sondern auf Geschrumpfen. Wohnungs- und Städtebaumittel werden wir nur noch in Abhängigkeit von integrierten Stadtentwicklungskonzepten vergeben können. Dazu sind Leitbilder nötig. Die Kommunen sind wiederholt dazu aufgefordert, diese Leitbilder zu erarbeiten. Wir unterstützen sie dabei. So gesehen ist der Stadtumbau, bei allen Problemen die wir haben, eine Chance zum Aufbau neuer qualitativvoller Wohngebiete und Stadtstrukturen. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Minister, gestatten Sie eine Anfrage durch den Abgeordneten Nothnagel?

Köckert, Innenminister:

Ja.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Nothnagel, PDS:

Herr Minister, inwieweit ist das Thema "Barrierefreiheit" bei Stadtumbau und Baukultur in Thüringen so im Blickfeld und wie wird das berücksichtigt?

Köckert, Innenminister:

Ich kann Ihnen jetzt dazu keine Einzelheiten nennen. Nur sind wir ja in den bauordnungsrechtlichen Fragen und in den programmatischen Fragen, was barrierefrei betrifft,

schon ziemlich weit, so dass wir das bei öffentlichen Gebäuden zur Selbstverständlichkeit machen bei den entsprechenden Bauten. Wir versuchen es auch bei Privaten jeweils mit zur Geltung zu bringen, wobei das bei Privaten nicht so einfach ist. Das wissen Sie.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Gestatten Sie eine weitere Anfrage?

Köckert, Innenminister:

Ja.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Bitte schön.

Abgeordneter Nothnagel, PDS:

Danke. Meine zweite Frage bezieht sich auf die Novellierung der Landesbauordnung. Wie ist da im Moment der Stand? Das betrifft ja auch die Barrierefreiheit.

Köckert, Innenminister:

Die Landesbauordnung wird erarbeitet. Wir hatten ein retardierendes Moment drin, weil die Bauministerkonferenz in einer Arbeitsgruppe eine Art Rahmen vorgeben wollte. Ich gehe davon aus, dass wir in der zweiten Hälfte dieses Jahres, was die Bauordnung betrifft, in die sehr konkrete Debatte auch hier im Land einsteigen werden.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es liegen keine weiteren Redewünsche mehr vor, so dass ich die Beratung schließen kann. Allerdings haben mehrere Redner von einer Ausschussdebatte gesprochen, da bestünde ja die Möglichkeit der Fortsetzung der Beratung nach § 86 Abs. 2. Das wird offensichtlich nicht beantragt, demzufolge kann ich die Beratung endgültig schließen und damit auch den Tagesordnungspunkt 14.

Die nächsten planmäßigen Plenarsitzungen finden am 13. und 14. Juni 2002 statt. Mit dieser Feststellung schließe ich den heutigen Plenarsitzungstag, wünsche Ihnen einen guten Heimweg und ein schönes Wochenende.

Ende der Sitzung: 12.24 Uhr

Anlage 1**Namentliche Abstimmung in der 64. Sitzung am
24.05.2002 zum Tagesordnungspunkt 13****Siedlungsabfallwirtschaft im Freistaat Thüringen**

Entschließungsantrag der Fraktion der PDS

- Drucksache 3/2377 -

hier: Nummer 1

1.	Althaus, Dieter (CDU)	nein	50.	Nitzpon, Cornelia (PDS)	ja
2.	Arenhövel, Johanna (CDU)		51.	Nothnagel, Maik (PDS)	ja
3.	Bechthum, Rosemarie (SPD)	ja	52.	Panse, Michael (CDU)	nein
4.	Becker, Dagmar (SPD)	ja	53.	Pelke, Birgit (SPD)	ja
5.	Bergemann, Gustav (CDU)	nein	54.	Pidde, Dr. Werner (SPD)	ja
6.	Böck, Willibald (CDU)	nein	55.	Pietzsch, Dr. Frank-Michael (CDU)	nein
7.	Bonitz, Peter (CDU)	nein	56.	Pohl, Günter (SPD)	ja
8.	Botz, Dr. Gerhard (SPD)	ja	57.	Pöhler, Volker (CDU)	nein
9.	Braasch, Detlev (CDU)	nein	58.	Primas, Egon (CDU)	nein
10.	Buse, Werner (PDS)		59.	Ramelow, Bodo (PDS)	ja
11.	Carius, Christian (CDU)	nein	60.	Schemmel, Volker (SPD)	ja
12.	Dittes, Steffen (PDS)	ja	61.	Scheringer, Konrad (PDS)	ja
13.	Doht, Sabine (SPD)	ja	62.	Schröter, Fritz (CDU)	nein
14.	Döring, Hans-Jürgen (SPD)	ja	63.	Schuchardt, Dr. Gerd (SPD)	ja
15.	Ellenberger, Irene (SPD)	ja	64.	Schugens, Gottfried (CDU)	nein
16.	Emde, Volker (CDU)	nein	65.	Schuster, Franz (CDU)	
17.	Fiedler, Wolfgang (CDU)		66.	Schwäblein, Jörg (CDU)	nein
18.	Fischer, Dr. Ursula (PDS)	ja	67.	Sedlacik, Heidrun (PDS)	ja
19.	Gentzel, Heiko (SPD)	ja	68.	Seela, Reyk (CDU)	nein
20.	Gerstenberger, Michael (PDS)		69.	Sklenar, Dr. Volker (CDU)	nein
21.	Goebel, Prof. Dr. Jens (CDU)	nein	70.	Sojka, Michaele (PDS)	ja
22.	Grob, Manfred (CDU)	nein	71.	Sonntag, Andreas (CDU)	nein
23.	Groß, Evelin (CDU)	nein	72.	Stangner, Dr. Isolde (PDS)	
24.	Grüner, Günter (CDU)	nein	73.	Stauch, Harald (CDU)	nein
25.	Hahnemann, Dr. Roland (PDS)	ja	74.	Tasch, Christina (CDU)	
26.	Heß, Petra (SPD)		75.	Thierbach, Tamara (PDS)	
27.	Heym, Michael (CDU)	nein	76.	Trautvetter, Andreas (CDU)	nein
28.	Höhn, Uwe (SPD)	ja	77.	Vogel, Dr. Bernhard (CDU)	
29.	Huster, Mike (PDS)	ja	78.	Vopel, Bärbel (CDU)	nein
30.	Illing, Konrad (CDU)	nein	79.	Wackernagel, Elisabeth (CDU)	nein
31.	Jaschke, Siegfried (CDU)	nein	80.	Wehner, Wolfgang (CDU)	nein
32.	Kallenbach, Jörg (CDU)	nein	81.	Wetzel, Siegfried (CDU)	nein
33.	Kaschuba, Dr. Karin (PDS)	ja	82.	Wildauer, Dr. Heide (PDS)	ja
34.	Klaubert, Dr. Birgit (PDS)	ja	83.	Wolf, Bernd (CDU)	
35.	Klaus, Dr. Christine (SPD)	ja	84.	Wolf, Katja (PDS)	ja
36.	Koch, Dr. Joachim (PDS)		85.	Wunderlich, Gert (CDU)	nein
37.	Köckert, Christian (CDU)	nein	86.	Zeh, Dr. Klaus (CDU)	nein
38.	Kölbel, Eckehard (CDU)	nein	87.	Zimmer, Gabriele (PDS)	
39.	Kraushaar, Dr. Ingrid (CDU)	nein	88.	Zitzmann, Christine (CDU)	nein
40.	Krauße, Horst (CDU)	nein			
41.	Kretschmer, Otto (SPD)				
42.	Kretschmer, Thomas (CDU)	nein			
43.	Krone, Klaus, von der (CDU)	nein			
44.	Kummer, Tilo (PDS)	ja			
45.	Lehmann, Annette (CDU)	nein			
46.	Lieberknecht, Christine (CDU)	nein			
47.	Lippmann, Frieder (SPD)	ja			
48.	Mohring, Mike (CDU)	nein			
49.	Müller, Dr. Alfred (SPD)	ja			

Anlage 2**Namentliche Abstimmung in der 64. Sitzung am
24.05.2002 zum Tagesordnungspunkt 13****Siedlungsabfallwirtschaft im Freistaat Thüringen**

Entschließungsantrag der Fraktion der PDS

- Drucksache 3/2377 -

hier: Nummer 2

1.	Althaus, Dieter (CDU)	nein	50.	Nitzpon, Cornelia (PDS)	ja
2.	Arenhövel, Johanna (CDU)		51.	Nothnagel, Maik (PDS)	ja
3.	Bechthum, Rosemarie (SPD)	ja	52.	Panse, Michael (CDU)	nein
4.	Becker, Dagmar (SPD)	ja	53.	Pelke, Birgit (SPD)	ja
5.	Bergemann, Gustav (CDU)	nein	54.	Pidde, Dr. Werner (SPD)	ja
6.	Böck, Willibald (CDU)	nein	55.	Pietzsch, Dr. Frank-Michael (CDU)	nein
7.	Bonitz, Peter (CDU)	nein	56.	Pohl, Günter (SPD)	ja
8.	Botz, Dr. Gerhard (SPD)	ja	57.	Pöhler, Volker (CDU)	nein
9.	Braasch, Detlev (CDU)	nein	58.	Primas, Egon (CDU)	nein
10.	Buse, Werner (PDS)		59.	Ramelow, Bodo (PDS)	ja
11.	Carius, Christian (CDU)	nein	60.	Schemmel, Volker (SPD)	ja
12.	Dittes, Steffen (PDS)	ja	61.	Scheringer, Konrad (PDS)	ja
13.	Doht, Sabine (SPD)	ja	62.	Schröter, Fritz (CDU)	nein
14.	Döring, Hans-Jürgen (SPD)	ja	63.	Schuchardt, Dr. Gerd (SPD)	ja
15.	Ellenberger, Irene (SPD)	ja	64.	Schugens, Gottfried (CDU)	nein
16.	Emde, Volker (CDU)		65.	Schuster, Franz (CDU)	nein
17.	Fiedler, Wolfgang (CDU)		66.	Schwäblein, Jörg (CDU)	nein
18.	Fischer, Dr. Ursula (PDS)	ja	67.	Sedlacik, Heidrun (PDS)	ja
19.	Gentzel, Heiko (SPD)	ja	68.	Seela, Reyk (CDU)	nein
20.	Gerstenberger, Michael (PDS)	ja	69.	Sklenar, Dr. Volker (CDU)	nein
21.	Goebel, Prof. Dr. Jens (CDU)	nein	70.	Sojka, Michaele (PDS)	ja
22.	Grob, Manfred (CDU)	nein	71.	Sonntag, Andreas (CDU)	nein
23.	Groß, Evelin (CDU)	nein	72.	Stangner, Dr. Isolde (PDS)	
24.	Grüner, Günter (CDU)	nein	73.	Stauch, Harald (CDU)	nein
25.	Hahnemann, Dr. Roland (PDS)	ja	74.	Tasch, Christina (CDU)	
26.	Heß, Petra (SPD)		75.	Thierbach, Tamara (PDS)	
27.	Heym, Michael (CDU)		76.	Trautvetter, Andreas (CDU)	nein
28.	Höhn, Uwe (SPD)	ja	77.	Vogel, Dr. Bernhard (CDU)	
29.	Huster, Mike (PDS)	ja	78.	Vopel, Bärbel (CDU)	nein
30.	Illing, Konrad (CDU)	nein	79.	Wackernagel, Elisabeth (CDU)	nein
31.	Jaschke, Siegfried (CDU)	nein	80.	Wehner, Wolfgang (CDU)	nein
32.	Kallenbach, Jörg (CDU)	nein	81.	Wetzel, Siegfried (CDU)	nein
33.	Kaschuba, Dr. Karin (PDS)	ja	82.	Wildauer, Dr. Heide (PDS)	ja
34.	Klaubert, Dr. Birgit (PDS)	ja	83.	Wolf, Bernd (CDU)	
35.	Klaus, Dr. Christine (SPD)	ja	84.	Wolf, Katja (PDS)	ja
36.	Koch, Dr. Joachim (PDS)		85.	Wunderlich, Gert (CDU)	nein
37.	Köckert, Christian (CDU)	nein	86.	Zeh, Dr. Klaus (CDU)	nein
38.	Kölbel, Eckehard (CDU)	nein	87.	Zimmer, Gabriele (PDS)	
39.	Kraushaar, Dr. Ingrid (CDU)	nein	88.	Zitzmann, Christine (CDU)	nein
40.	Krauße, Horst (CDU)	nein			
41.	Kretschmer, Otto (SPD)	ja			
42.	Kretschmer, Thomas (CDU)	nein			
43.	Krone, Klaus, von der (CDU)	nein			
44.	Kummer, Tilo (PDS)	ja			
45.	Lehmann, Annette (CDU)	nein			
46.	Lieberknecht, Christine (CDU)	nein			
47.	Lippmann, Frieder (SPD)	ja			
48.	Mohring, Mike (CDU)	nein			
49.	Müller, Dr. Alfred (SPD)	ja			